

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

25 Jahre MSG

Fidschi: Die *Melanesian Spearhead Group* (MSG, Melanesische Speerspitzengruppe) hat Ende März auf dem Laucala Campus der *University of the South Pacific* in Suva (Fidschi) ihr 25-jähriges Jubiläum gefeiert. Festredner war der ehemalige neuguineische Premierminister Sir Michael Somare. Er lobte die erfolgreiche langjährige Zusammenarbeit der melanesischen Staaten und schloss nicht aus, zukünftig auch nicht-melanesische Staaten in das regionale Wirtschaftsbündnis aufzunehmen.

Universitätsdirektor Professor Rajesh Chandra sagte in seiner Begrüßungsansprache, die MSG verkörpere den „*pazifischen Geist und die Ehre, Melanesier zu sein*“ (Zitat).

Info: Die MSG ist eine Organisation von Staaten mit überwiegend melanesischer Bevölkerung. Sie war am 14. März 1988 gegründet worden. Mitglieder sind: Vanuatu, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Fidschi und die Unabhängigkeitspartei „*Front de Libération national Kanak Socialiste*“ (FLNKS) aus Neukaledonien. Das Sekretariat der MSG hat seinen Sitz in Port Vila (Vanuatu). Timor-Leste hat seit 2010 Beobachterstatus. Im Juni dieses Jahres will die MSG bei ihrem Treffen in Nouméa (Neukaledonien) über den Antrag von Westpapua entscheiden, ebenfalls als Beobachter zugelassen zu werden. Das hieß jedoch unter Umwegen, Indonesien den Beobachterstatus zu entziehen, den dieser Staat seit März 2011 innehat.

Ab dem 1. Juni bis Juni 2015 wird der FLNKS-Sprecher Victor Tutugoro Vorsitzender der MSG. Er ist derzeit Parteivorsitzender der *Union Progressiste Mélanésienne* (UPM) von Neukaledonien.

(<http://www.msgsec.info/>, *Matangi Tonga* 26.03.13, *Vanuatu Daily Post* 04.04.13)

Migranten-Beratungszentrum gegründet

Pohnpei: Ende März ist in Kolonia, der Hauptstadt der Insel Pohnpei, das pazifikweit erste Beratungszentrum für Migranten eröffnet worden. Das Zentrum wird gemeinsam getragen von den Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), dem Bundesstaat Pohnpei und der *International Organization for Migration* (IOM, Internationale Organisation für Migration). Die IOM hat das Beratungszentrum mit 100.000 US-Dollar unterstützt. Es dient der Beratung auswanderungswilliger Bürger der FSM, die entweder kurzzeitig zu Studien- und Berufszwecken nach Amerika, Japan und Australien ausreisen möchten, oder gar eine permanente Einwanderung in diese Staaten planen. Dabei sollen die Besucher des Zentrums nicht nur über die Möglichkeiten der Auswanderung informiert werden, sondern zugleich auch vor den Gefahren von Menschenhandel, illegaler Einreise und Schmuggel gewarnt werden. Hier sieht sich der regionale Zweig der IOM unter Leitung von Ashley Carl in der Pflicht.

Info: Die Internationale Organisation für Migration ist eine auf dem Gebiet der Migration weltweit aktive zwischenstaatliche Organisation mit Hauptsitz in Genf. Die IOM befasst sich mit dem gesamten Spektrum von Migration, einschließlich Forschung, Beratung, technischer Zusammenarbeit auf nationaler sowie transnationaler Ebene und mit der Umsetzung von Projekten und Programmen. (*FSM Information Services* 29.03.13, <http://www.iom.int/>)

Präsident erwägt Fischfangverbot

Palau: Der palauische Präsident Tommy Remengesau Jr. denkt über ein Verbot des kommerziellen Fischfangs innerhalb der exklusiven ökonomischen Zone der

Republik nach. Dies sagte der Präsident überraschend bei einem Besuch des monegassischen Prinzen Albert II. Anfang März in Palau. Albert II. war zu einem Gegenbesuch in Palau, nachdem der palauische Ex-Präsident Johnson Toribiong im Februar 2012 das Fürstentum Monaco besucht hatte, um mit Prinz Albert Gespräche zu gemeinsamen Umwelt- und Klimawandelprojekten in den beiden Kleinstaaten zu führen.

Remengesau erklärte, er wolle Palau zum größten marinen Schutzgebiet der Erde ausbauen und deshalb jede Art von kommerziellem Fischfang verbieten. Er sagte weiter, die Steuereinnahmen aus kommerzieller Fischerei und die Einnahmen aus den Lizenzgebühren seien nur „*ein Tropfen auf dem heißen Stein*“, wenn man die Staatseinnahmen mit den Milliarden Gewinnen der ausländischen Fangflotten vergleiche. Im letzten Jahr habe der Staat durch den Verkauf von Fanglizenzen nur 327.000 US-Dollar eingenommen.

Ein Verbot des kommerziellen Fischfangs würde sich nicht auf lokale Fischer sowie touristische Angler beziehen, präzisierte der Präsident seinen kühnen Vorstoß. Man müsse natürlich eine alternative Einnahmequelle finden, aber da sei er zuversichtlich, so der Präsident. Sollte Palau durch das bereits seit dem letzten Jahr bestehende Haifischfangverbot und das geplante Verbot des kommerziellen Fischfangs wirklich zum weltweit größten Meereschutzgebiet entwickelt werden, könnten die Palauer vermutlich gut vom Tauch- und Angeltourismus leben, vermutete Remengesau.

Es sei allerdings technisch schwierig, ein derartiges Verbot zu überwachen. Palau verfügt nur über ein einziges Patrouillenboot, dass ständig in der exklusiven ökonomischen Zone nach illegalen Fangflotten sucht. Zur besseren Überwachung der Gewässer könne er sich durchaus den Ein-

satz von Flug-Drohnen vorstellen, sagte der Präsident in einem Interview mit *Radio Australia*. (*Flash d'Océanie* 07.03.13, *Palau Island Times* 14.03.13, *Radio Australia* 25.03.13)

† Darrell Tryon

Australien: Am 15. Mai 2013 verstarb in Canberra (Australien) der bekannte und angesehene Linguist Professor Darrell Tryon, der durch seine langjährige Forschungstätigkeit sowie seine zahlreichen Publikationen internationale Berühmtheit erlangt hatte. Der am 20. Juli 1942 geborene Wissenschaftler mit französischen Wurzeln, der seine Ausbildung in Neuseeland an der University of Canterbury erhalten hatte, war ein Experte für *Pacific Pidgin* und Creole-Sprachen, u.a. arbeitete er mit dem Linguisten Stephen Wurm eng zusammen. Als ausgewiesener Kenner für austronesische Sprachen beschäftigte er sich insbesondere auch mit in ihrem Bestand gefährdeten Sprachen und sprachlichen Auswirkungen der Globalisierung. 1995 veröffentlichte er ein fünfbändiges vergleichendes Wörterbuch austronesischer Sprachen, das *Comparative Austronesian Dictionary*. Das von Linguisten als „Standardwerk“ gepriesene Werk enthält Listen von Wortbedeutungen in 80 austronesischen Sprachen und gilt noch heute als Referenz.

Tryons regionaler Forschungsschwerpunkt lag auf den Sprachen der Salomonen und Vanuatus. Auf Vanuatu führte er Anfang der 1980er Jahre als erster Linguist das so genannte „Vanuatu Fieldworker Programme“ ein. Bei diesem Projekt „sammelten“ rund 50 Personen ohne große formale Ausbildung in ihren Heimatdörfern und der näheren Umgebung Geschichten, orale Traditionen und Vokabeln zu einem Jahresthema. Einmal jährlich über einen Zeitraum von knapp 20 Jahren trafen sich diese Feldforscher mit Tryon im Kulturzentrum von Port Vila, um ihre Sammlungsergebnisse auszutauschen und zu verschriftlichen. Bis 2009 ent-

stand so im Kulturzentrum von Port Vila eine umfangreiche Datenbank mit Wörtern und Geschichten in den über 110 vanuatischen Lokalsprachen. Im Rahmen des Feldforscherprojektes zeichneten die Helfer auch die Namen von 5.250 vanuatischen Dörfern in einheimischer Lautsprache auf, daraus entstand der „*Atlas du Vanouatou*“.

Seine Tätigkeiten als Vize-Direktor des Research Centre for Pacific and Asian Studies (RSPAS) in Canberra sowie seine Funktion als *Constitutional Adviser* für die Regierung von Vanuatu sind nur zwei Beispiele für seine vielfältigen Aktivitäten und Funktionen. Im Jahr 2004 wurde Darrell Tryon für sein Engagement für das Französisch in den französischen Überseegebieten des Pazifiks mit dem höchsten Orden der französischen Regierung ausgezeichnet, dem Ritter-Orden der Ehrenlegion. Im Jahr 2007 schied Professor Tryon aus der aktiven Lehre an der Australian National University aus, forschte aber weiter vor allem über die vom Aussterben bedrohten Sprachen in Ozeanien.

(<http://www.australia-austria.at/de/linguist-darrel-tryon-1942-2013-verstorben>, Nachruf von Malcom Ross, *Vanuatu Daily Post* 28.05.12)

Höchster CO₂-Gehalt gemessen

Hawai'i: Wissenschaftler haben im Observatorium auf dem Vulkan Mauna Loa auf Hawai'i einen Rekordwert für den Gehalt an Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre gemessen. Mit mehr als 400 ppm (Teilchen CO₂ pro Millionen Luftteilchen) überschritt der Anteil von Kohlendioxid am Tag der Messung (9. Mai) ein Niveau, das zuletzt vor drei Millionen Jahren, im Zeitalter des Pliozän, erreicht wurde.

Vor der industriellen Revolution lag der CO₂-Wert in der Atmosphäre bei etwa 280 ppm, seither steigt er kontinuierlich. In den 1950er-Jahren nahm der Gehalt des Treibhausgases im Durch-

schnitt um 0,7 ppm pro Jahr zu, im vergangenen Jahrzehnt um 2,1 ppm pro Jahr und von März 2012 bis März 2013 sogar rekordverdächtige 2,9 ppm. 2012 war mit einem globalen CO₂-Ausstoß von 36 Milliarden Tonnen das Rekordjahr für die Produktion der klimawirksamen Gase.

„Wenn sich das Muster fortsetzt, dürfte der CO₂-Spiegel im Jahr 2015 dauerhaft über 400 ppm liegen“, erklärte der Geochemiker Ralph Keeling. Er führt im Auftrag der *Scripps Institution of Oceanography* und der amerikanischen Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA die täglichen Messungen im Observatorium auf dem Mauna Loa durch. Diese waren im März 1958 von seinem Vater Charles Keeling begonnen worden. Damit handelt es sich um die weltweit älteste kontinuierliche Messreihe des Kohlendioxidgehaltes in der Atmosphäre.

(<http://sio.ucsd.edu/>, <http://scrippsnews.ucsd.edu/Releases/?releaseID=1358>, *Süddeutsche Zeitung* 13.05.13, *Tagesspiegel* 13.05.13)

Visumsbestimmungen aufgehoben

Norfolk: Die zu Australien gehörende Norfolkinsel hat zum 1. Mai ihre Einreisebestimmungen für australische und neuseeländische Staatsbürger vereinfacht. Demnach müssen die Bürger dieser beiden Staaten für einen Besuch auf Norfolk kein Visum mehr beantragen. Auch die Regeln für die Einnahme eines permanenten Wohnsitzes auf Norfolk wurden gelockert. Nach Angaben des Inseladministrators müssen Australier und Neuseeländer, die permanent in Norfolk leben möchten, in die einheimische Krankenversicherung einzahlen und dürfen keine Vorstrafen haben.

Info: Die Norfolkinsel, 1.500 Kilometer östlich von Australien gelegen, war 1788 von den Briten in die australische Verwaltungseinheit New South Wales eingegliedert worden. Bis 1813 unterhielten die Briten dort eine Sträflingskolonie. Als australisches Gebiet

wird die Norfolkinsel vom Ministerium für Umwelt, Sport und Territorien verwaltet. Gültige Verfassung ist das Norfolkinsel-Gesetz von 1979, welches der Insel ein bestimmtes Maß an Selbstständigkeit einräumt, so beispielsweise die Einrichtung einer eigenen Legislative, Polizei, Judikative und Zollbehörde. (*Radio NZ Intern. 22.05.13, Wikipedia*)

Gründung einer Ombudsmann-Kommission

Pazifik: Zum „Internationalen Gedenktag für die Pressefreiheit“ (World Press Freedom Day) im Mai nächsten Jahres wollen verschiedene Medienbetriebe eine Ombudsmann-Kommission gründen. Das gaben Journalistenverbände bekannt, deren Vertreter sich anlässlich des diesjährigen Welttages der Pressefreiheit zu einer Jahresversammlung in Honiara (Salomonen) getroffen hatten. Vor allem die Medienschaffenden aus den Cook-Inseln, Samoa, den Salomonen, Tonga und Vanuatu legen Wert auf die Einrichtung einer derartigen Kommission. Der *Pacific Media Ombudsmann* soll über die Einhaltung eines Pressekodex wachen und Verstöße anmahnen. Er soll auch Beschwerden von Lesern, Zuschauern und Hörern entgegennehmen und diese bearbeiten.

Überregionale pazifische Organisationen wie die *Pacific Islands News Association* (PINA) und die *Pasifika Media Association* kündigten die Unterstützung einer derartigen Kontrollinstanz an. (*Radio NZ Intern. 05.05.13, <http://www.pmc.aut.ac.nz/pacific-media-watch/region-ombudsman-role-seeks-pacific-media-credibility-says-advocate-8298>, <http://www.pacificfreedomforum.org/2013/05/pacific-media-ombudsman-advances.html>*)

Aids-NGO gibt auf

Pazifik: Die 2003 gegründete überregionale *Pacific Islands Aids Foundation* (PIAF) hat ihre Arbeit aufgrund des enormen Rückgangs an Spenden und Entwick-

lungshilfegeldern einstellen müssen. Das gab die Geschäftsführerin dieser Nichtregierungsorganisation, Maire Bopp-Dupont, Ende März bekannt.

Die am HI-Virus erkrankte Tahitianerin Bopp-Dupont erklärte, sie hoffe, dass die Aids-Aufklärungsarbeit in den Pazifikstaaten „irgendwie“ weitergehe. In den vergangenen zehn Jahren habe man 20 so genannte „Aids-Botschafter“ aus Fidschi, Samoa, Kiribati, den Salomonen, Vanuatu und Papua-Neuguinea als Multiplikatoren für die Aufklärungsarbeit ausgebildet. Einige dieser Botschafter seien selber an dem Aids-Virus erkrankt. Zu Beginn der Arbeit 2003 sei es noch undenkbar gewesen, dass sich ein Aids-Kranker öffentlich „oute“, man habe inzwischen aber dank der Öffentlichkeitsarbeit der PIAF viel Verständnis für die Lage der Erkrankten schaffen können.

(*Radio Australia 20.03.13, <http://www.pacificaids.org/>*)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Todesstrafe darf durchgesetzt werden

Trotz Protesten seitens der Kirchen und der internationalen Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* hat das Parlament von Papua-Neuguinea am 28. Mai eine Änderung des Strafrechts gebilligt und die Todesstrafe ausgedehnt. So kann diese künftig auch im Falle schwerer Vergewaltigungen, Ritualmorde (v.a. angeblicher „Hexen“) und bewaffneten Diebstählen verhängt werden. Auch Korruption, die Herstellung von gepanschem Alkohol und das Anbauen von Marihuana-Pflanzen kann künftig mit dem Tode bestraft werden.

Die Abgeordneten stimmten ebenfalls der Einführung zusätzli-

cher Hinrichtungsmethoden zu. Demnach können Todeskandidaten nun auch per Giftspritze, Erhängen, von einem Erschießungskommando sowie auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet werden.

Außerdem schaffte das Parlament den umstrittenen „Sorcery Act“, das Gesetz gegen Hexerei aus dem Jahr 1971, ab. Bislang war Hexerei per Gesetz verboten. Wer wegen Mordes angeklagt war, konnte sich mit dem Hinweis verteidigen, dass das Opfer seine Angehörigen verhext hatte. Mordverdächtige konnten so vor Gericht meist eine Strafmilderung erreichen.

Dem Parlamentsbeschluss vorausgegangen waren exzessive Gewaltorgien gegen als „Hexen“ beschuldigte Frauen und Mädchen. *Amnesty International* hat im vergangenen Jahr rund 50 Hexenverbrennungen dokumentiert.

Info: Papua-Neuguinea hat seit 1954 keine Hinrichtungen mehr vorgenommen, obwohl das Parlament die Todesstrafe für vorsätzlichen Mord im Jahr 1991 wiedereinführte. Die vorgesehene Hinrichtungsmethode war der Tod durch den Strang. Die Regierung hatte die Durchführung der Todesstrafe bislang abgelehnt, weil die Tötungsmethode zu unsicher erschien. Deshalb wurde nun im Parlament über andere Tötungsmethoden verhandelt. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* sitzen derzeit mindestens zehn Menschen in der Todeszelle. (*Amnesty International Urgent Action May 2013, Radio Australia May 2013, Flash d'Océanie 28.05.13, Die Welt online 29.05.13*)

Erster Bericht über Menschenhandel

Nach einer gemeinsamen Studie der *International Organisation for Migration* (IOM) und des neuguineischen Justizministeriums werden eine große Anzahl Erwachsener und Kinder zu Zwangsarbeit, Prostitution und schlecht be-

zahlten „Hausmädchen“-Diensten gezwungen. Die Autoren von „Trafficking in Persons and People Smuggling - Baseline Data Assessment Report“ recherchierten zu Zwangsarbeit, Menschenhandel und Prostitution in den Provinzen National Capital, West Sepik, Western und in der autonomen Provinz Bougainville. Die von der amerikanischen Regierung finanzierte Studie untersuchte erstmals den Menschenhandel sowie den Aufenthalt „illegaler“ in Papua-Neuguinea. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigten in der Holzindustrie am ehesten von Menschenschmuggel bedroht sind. In diesem Sektor ist der Anteil von Menschen ohne gültiges Arbeitsvisum besonders hoch. Im Holzsektor arbeiten nach einem Ergebnis der Studie besonders viele illegale Personen aus Nepal und Malaysia.

Angestellte von Spielhallen, Bars und Marktfräusen seien ebenfalls besonders von Menschenhandel bedroht. Eine große Risikogruppe stellten jüngere Mädchen sowie Schulabbrecher und Straßenkinder dar. (*The National* 25.03.13, *ABC Australia* 11.04.13, <http://acrath.org.au/3408/human-trafficking-in-png/>, *EM TV* 26.03.13)

Nationales „Haus Krai“

Am 15. Mai fand erstmals in der Geschichte des Staates Papua-Neuguinea ein landesweites „Haus Krai“ im Sir John Guise Stadium in der Hauptstadt Port Moresby statt. Zu dem bereits am Vorabend beginnenden 24-stündigen Gebets- und Festredenmarathon hatte die recht neue Frauenorganisation *Women arise PNG* unter dem Slogan „Enough is enough“ eingeladen. Ziel der Protestkundgebung im Stadium war es, auf die vielfältigen Bedrohungen hinzuweisen, denen Frauen und Mädchen in Papua-Neuguinea ausgesetzt sind. Vor allem sollte an die Opfer sexueller Gewalt gedacht werden. Dabei ging es nicht nur um die Gewalt auf den Straßen, sondern auch

um häusliche sexuelle Ausbeutung und Gewalt durch Clanmitglieder. Ein Schwerpunkt der verschiedenen Beiträge lag auf der Solidarisierung mit als „Hexen“ gebrandmarkten Frauen. Die Frauengruppen aus den 22 Provinzen des Staates gedachten dabei gemeinsam mit Vertretern aller Großkirchen und verschiedener anderer Nichtregierungsorganisationen der Frauen, die in den letzten Monaten von einer Lynchjustiz als Hexen verurteilt und auf grausame Weise gefoltert und ermordet worden waren. Dazu begann bereits am Abend des 14. Mai eine lange Gebetsnacht, die am Morgen des 15. Mai Übergang in eine Art Festival mit Reden, Auftritten von Musik- und Tanzgruppen, Chören und Vorträgen.

Dem Aufruf der Veranstalter, sich in rot und schwarz zu kleiden, waren die meisten Teilnehmenden gefolgt. Verpflegung brachten sich die Besucher selber mit. Eingeladen zu dieser ungewöhnlichen Veranstaltung waren ausdrücklich auch Männer. Selbst der Premierminister Peter O'Neill nahm an dem *Haus Krai* teil und stand den Frauen Rede und Antwort. Er entschuldigte sich im Namen der Regierung für das gewalttätige Verhalten einiger Männer: „*Your government says sorry!*“ Dem schloss sich Oppositionellenführer Belden Namah in einem Beitrag an. Ausländischer Ehrengast der Veranstaltung war der amerikanische Botschafter Walter North. Hochrangige Vertreter der Kirchen, darunter der anglikanische und der katholische Bischof, sicherten in ihren Redebeiträgen den Opfern von Gewalt und Hexerei ansuldigungen Hilfe und Unterstützung zu. Sie warnten aber zugleich davor, Gewalt nicht mit Gegengewalt zu vergelten.

Nach Angaben der neuguineischen Presse nahmen mehr als 1.000 Frauen und einige wenige Männer am *Haus Krai* teil. (<http://masalai.wordpress.com/2013/05/15/program-for-the-png-national-haus-krai-14th-15th-may-2013/>, *Islands Business* 15.05.13, *Sydney Morning Herald* 15.05.13)

Regierung will Gelder des Ok Tedi-Zukunftsfonds

Zum 1. Januar 2014 geht die Ok Tedi-Mine ganz in den Besitz der neuguineischen Regierung über. Das gab Premierminister Peter O'Neill auf einer Pressekonferenz Anfang April bekannt. Der Pachtvertrag sei bereits am 31. März 2013 ausgelaufen, doch man habe diesen bis Ende des Jahres verlängern können. Die Ok Tedi-Mine in Tabubil in der Western Province war 1984 in Betrieb gegangen.

Das neue Eigentumsverhältnis ändere jedoch nichts am Management der Mine, dieses verbleibe bei Ok Tedi Mining Limited (OTML), erläuterte der Premier. Wörtlich sagte er: „*I'm the first to acknowledge that I have no knowledge of running a mining company*“.

BHP Billiton habe die Mine den Menschen der Western Province 2001 zum „Geschenk“ gemacht, doch habe der Bergbaukonzern es nicht für nötig erachtet, sich aus der Verwaltung der Mine zurückzuziehen, bedauerte O'Neill. Über das „PNG Sustainable Development Programm Ltd.“ (PNGSDP, Sozial- und Zukunftsfonds) habe BHP immer noch enormen Einfluss auf die Geschichte der Gold- und Kupfermine gehabt, beklagte der Premier. Der Fonds war gegründet worden, um mit den Einnahmen aus der Mine die arme Western Province zu entwickeln. Verwaltungssitz des Fonds ist Singapur.

Sir Mekere Morauta, der Vorsitzende von PNGSDP, verwehrte sich gegen O'Neills Vorwürfe. In den letzten zwölf Jahren habe man sich als Hauptanteilseigner sehr wohl für die Belange der Bewohner der Western Province eingesetzt und ihre Interessen gut vertreten, erklärte der ehemalige Premierminister Sir Morauta (1999-2002). BHP habe in keiner Weise dem PNGSDP reingerechnet, betonte Morauta.

Im Management des Fonds sitzen Rechtsanwälte, Wissenschaftler und Bergbauexperten, die die Fondsgelder in Höh€ von 1,9 Milliarden US-Dollar verwalten und damit u.a. Entwicklungshilfeprojekte in der Region unterstützen sollen.

Im Jahr 2001 hatte der australische Bergbaukonzern BHP Billiton seine Anteile in Höh€ von 52% an den PNGSDP verkauft. PNGSDP ist mit 63,4% Hauptanteilseigner am Minenbetreiber OTML, den Rest der Anteile an OTML hält der neuguineische Staat. Zum Januar 2014 soll nach dem Willen der Regierung PNGSDP aus dem Anteilseignerkreis von OTML ausgeschlossen werden, so dass die Mine eine 100ige Tochter des Staates wäre. Mit der Auflösung des Fonds würden die Fondsgelder automatisch der Regierung zufallen. (<http://www.businessadvantagepng.com/papua-new-guinea-sustainable-development-program-fights-back-with-the-facts-on-oktedi/>, *The National* 09.04.13)

21.220 neue Jobs

Nach Angaben des vierten Quartalsberichtes für die letzten drei Monate des Jahres 2012 hat der Betreiber des Gasverflussigungsprojektes PNG LNG 3,1 Milliarden US-Dollar in den Aufbau der Anlagen investiert und dazu 21.220 einheimische Arbeitskräfte angestellt. Die amerikanische Betreiberfirma ExxonMobil strebe die maximale Einbindung des lokalen Arbeitsmarktes und der in der Region ansässigen Geschafteleute an, erklärte ein Sprecher. Dazu habe man eigens das *Institute of Business and Banking Management* gegründet, ein Netzwerk von in 56 Landeignerorganisationen zusammengefassten 60.000 Kleinbauern, Geschafteleuten, Händlern und ExxonMobil-Angestellten. Das Netzwerk soll alle Mitglieder darin unterstützen, den größten Gewinn aus dem Mammutprojekt im Hochland von Papua-Neuguinea zu schlagen.

Info: Der zweitgrößte Energiekonzern der Welt ExxonMobil will nach eigenen Angaben ab 2014 jährlich 6,9 Millionen Tonnen verflüssigtes Erdgas aus dem PNG LNG-Projekt nach China, Japan und Ostasien liefern.

(<http://www.pnglng.com/>, *Post-Courier* 25.03.13)

24 Tote bei Busunfall

Bei einem der schwersten Busunfalle der letzten Jahre sind Anfang April 24 Menschen ums Leben gekommen, darunter auch zwei Kinder. Neun Personen wurden schwer verletzt. Der Kleinbus mit 25 Plätzen war mit mehr als 30 Personen überbelegt. Er war auf der Fahrt von Baiyer nach Mount Hagen, als er nahe des Dorfes Murip von der Straße abkam und einen 50 Meter steilen Abhang hinuntersturzte. Im Bus saßen auch zehn Mitglieder einer Großfamilie, die auf dem Weg zum Flughafen nach Kagamuga waren, um dort einen verstorbenen Familienangehörigen in Empfang zu nehmen. (*Post-Courier* 04.04.13, *Islands Business* 05.04.13)

Neue Arten entdeckt

20 Jahre nach einer wissenschaftlichen Untersuchung der *Madang Lagoon* sind die Forscher zu ihren damaligen Forschungsstatzen zurückgekehrt. Der Meeresbiologe Professor Jim Thomas vom *National Coral Reef Institute* in Florida und der französische Biologe Philippe Bouchet vom Naturkundemuseum (Museum of Natural History) in Paris untersuchten Ende Dezember letzten Jahres das Korallenriff vor der Küste Madangs. Nach Angaben von Thomas handelt es sich hier um das artenreichste Riff der Welt. Entgegen der Befürchtungen, die Gewässer vor Madang seien bereits zu sehr durch die Thunfischfabriken und das Verklappen der Abraume aus der Ramu-Nickel-Mine in Mitleidenschaft gezogen, erklärten die Wissenschaftler das Riff als nahezu unverändert im Vergleich zu

ihren Studien Anfang der 1990er Jahre. Die beiden Forscher und ihr Team stießen sogar auf neue, bis dato unbekannte Arten, vor allem Schwämme, Muscheln und krabbenartige Lebewesen. Philippe Bouchet erklärte, zukünftig würden sich aber Änderungen im Korallenriff ergeben. Noch sei der Zeitraum der Umweltverschmutzung zu kurz (weitere Thunfischfabriken sind noch im Aufbau, die Ramu-Nickel-Mine arbeitet noch nicht voll). Man werde die Veränderungen am Korallenriff erst in zehn bis 15 Jahren messen können, sagte der Biologe.

Auch Wissenschaftler einer vierwöchigen Expedition zur *Hindenburg Wall* in den Star Mountains der Western Province kehrten mit neuen Arten im Gepäck zurück. Die von der *Wildlife Conservation Society* in Kooperation mit dem staatlichen neuguineischen Nachhaltigkeitsfonds durchgeführte Expedition fand über 80 neue Arten, darunter Orchideen, Schmetterlinge, Frösche, Insekten sowie eine Riesenratte und vermutlich das kleinste Känguru der Welt. Projektkoordinator Nathan Whitmore erklärte, die 50 Kilometer lange Hindenburg-Mauer aus Kalkgestein sei vermutlich eine der artenreichsten Gegenden der Insel Neuguinea. (*PNG Mine Watch* 05.03.13, *Radio Australia* 05.03.13, <http://www.pngsdp.com/index.php/press-releases/110-scientists-return-from-hindenburg-wall-expedition>)

Überflutungen am Sepik

Die internationale Hilfsorganisation OXFAM hat die Provinz East Sepik Anfang Mai zum Katastrophengebiet erklärt. 11.500 Menschen seien von dem Hochwasser des Flusses bedroht, sieben Personen seien bis jetzt ertrunken. Der Sepik sei mit einem Pegelstand von sechs Metern mehr als dreimal so hoch wie sonst üblich, erklärte Phillippe Allen, OXFAM-Beauftragter für Papua-Neuguinea. Durch die schweren Regenfälle in den letzten sechs Monaten könne der Fluss die Wassermassen nicht schnell ge-

nug abtransportieren. Dadurch seien die Anbauflächen der Menschen in Ufernähe überflutet und die Ernten zerstört worden. Es drohe der Ausbruch von Krankheiten durch stehendes Wasser, ideale Brutstätten für Malaria-Mücken. Problematisch sei auch die Trinkwasserversorgung. OXFAM will nach eigenen Angaben zukünftig ein Projekt zur Umsiedlung besonders vom Hochwasser bedrohter Dörfer unterstützen. (*Radio Australia 07.05.13, <https://www.oxfam.org.au/2013/05/papua-new-guinea-floods-reach-crisis-point/>*)

RAMSI-Mitarbeiter zurückgekehrt

Die letzten verbliebenen neuguineischen Soldaten der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) sind Mitte April aus den Salomonen zurückgekehrt. Gemeinsam mit Soldaten aus Australien, Neuseeland und Tonga hatten die Neuguineer sich in den letzten zehn Jahren personell an der RAMSI beteiligt. Die Truppen wurden alle vier Monate ersetzt, doch mit der Rückkehr dieses Kontingents endet das militärische Engagement Neuguineas auf den Salomonen.

Die neuguineischen Soldaten werden durch eine tongaische Einheit ersetzt, erklärte RAMSI-Koordinator Wayne Higgins. Er lobte die Beteiligung Neuguineas an der Unterstützermision. Vor allem über die gemeinsame Sprache, das melanesische Pidgin, sei es den Neuguineern gelungen, schnell persönliche Kontakte zur Zivilbevölkerung zu knüpfen.

Die Unterstützermision RAMSI soll sukzessive von einer militärischen in eine polizeiliche Unterstützung umgewandelt werden und in die Hände einheimischer Kräfte gelegt werden. Nach und nach werden sich die Soldaten der pazifischen Anrainerstaaten aus den Salomonen verabschieden. (*Radio Australia, Radio NZ Intern. 01.04.13*)

SALOMONEN

Umsiedlungen aufgrund von Klimawandelfolgen

In den nächsten Monaten sollen zwei der Insel Malaita vorgelagerte Atolle, Sikaiana und Luangiu, evakuiert werden. Die Folgen des Klimawandels haben die Atolle unbewohnbar gemacht, es mangelt durch den Anstieg des Meeresspiegels an Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Provinzgouverneur Edwin Suibaea von der Inselprovinz Malaita erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung *Solomon Star*, die Provinzregierung habe die Umsiedlungen nach Festland-Malaita bereits genehmigt, auch die Regierung in Honiara werde zustimmen.

Die Atollbewohner von Sikaiana bekommen eine neue Heimat in Afio, die Bewohner von Luangiu siedeln in Airahu im Distrikt Central Kwara'ae. (*Solomon Star 28.05.12*)

Unterstützung von PNG

Bei einem Besuch des neuguineischen Premierministers Peter O'Neill auf den Salomonen hat dieser der Regierung finanzielle Unterstützung in Höhe von 20 Millionen Kina (ca. 6,8 Millionen Euro) zugesagt. O'Neill und sein salomonischer Amtskollege Gordon Darcy Lilo unterzeichneten bei ihrem Treffen ebenfalls ein „Memorandum of Understanding“, dass die Zusammenarbeit der benachbarten melanesischen Staaten weiter stärken soll. Trotz der schwierigen Situation in seinem Land sei Papua-Neuguinea gerne bereit, den Nachbarn und langjährigen Freund zu unterstützen, erklärte O'Neill. (*Solomon Star 19.05.13*)

Interims-Polizeipräsidentin ernannt

Erstmals in ihrer Geschichte haben die Salomonen eine Frau zur Übergangs-Polizeipräsidentin er-

nannt. Zum 1. Mai trat die Polizeihauptkommissarin Juanita Matanga ihren Dienst an. Sie wurde vom Generalgouverneur in ihr Amt eingeschworen. Matanga ist seit 23 Jahren bei der Polizei tätig. In den vergangenen Monaten hat sie bereits des Öfteren den bis zum 30. April amtierenden Polizeipräsidenten John Lansley vertreten. Der Brite Lansley hatte im April 2012 einen Einjahresvertrag als Polizeipräsident bekommen. Aufgrund eklatanter Führungsmängel und fachlicher Unkenntnis hatte die Regierung seinen Vertrag nicht verlängert und Lansley umgehend nach Vertragsende des Landes verwiesen.

Die Stelle des Polizeipräsidenten soll offiziell ausgeschrieben werden, bis dahin führt Matanga die polizeilichen Geschicke des Staates. (*Flash d'Océanie 08.05.13, Radio NZ Intern. 31.05.13*)

Uni eingeweiht

Die aus dem „Solomon Islands College of Higher Education“ hervorgegangene Universität der Salomonen ist Ende April von Premierminister Gordon Darcy Lilo und weiteren hochrangigen Politikern eingeweiht worden. Es handelt sich um die erste und bis dato einzige Universität der Salomonen. Die *Solomon Islands National University* (SINU) hat ihren Sitz in der Hauptstadt Honiara. Sie nimmt ihren Lehrbetrieb zum September des Jahres auf.

Die Uni bietet die Lehre und Ausbildung an folgenden Fakultäten: Institute of Technology, Institute of Maritime and Fisheries Studies, School of Natural Resources and Applied Sciences, School of Business and Management, School of Nursing, School of Education and Humanities und die School of Tourism and Hospitality. (<http://www.sinu.edu.sb/>, *Radio Australia 21.04.13*)

Matson Shipping eröffnet neue Route

Die amerikanische Schifffahrtsgesellschaft *Matson Shipping* hat Mitte Mai die neue Route Brisbane-Honiara in Betrieb genommen. Ab sofort startet alle 21 Tage im australischen Brisbane an der Ostküste Australiens das Versorgungs- und Frachtschiff „Imua“, das für die Fahrt nach Honiara nur vier Tage benötigt. Bisher waren Versorgungsschiffe bis zu 1,5 Wochen auf gleicher Strecke unterwegs. Die „Imua“ (hawaiianisch für: Vorwärts fahren) fährt von Honiara aus weiter nach Nauru.

Durch die Verkürzung der Transportzeiten kann die „Imua“ nun auch frische Waren auf die Salomonen transportieren. Das Schiff ist groß genug für den Transport von Autos, Baumaterial, Werkzeugen und Ersatzteilen.

Matson arbeitet vor Ort mit der einheimischen Frachtschifffahrtsgesellschaft *Silentworld* zusammen. Dieses Logistikunternehmen zeichnet für die Entladung und Verteilung der Waren zuständig. (*Solomon Times* 10.05.13, http://www.matson.com/matnav/services/south_pacific.html, <http://www.silentworld.com.au/solomon-islands>)

Kinder und Jugendliche gründen Agrarkooperative

Eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen zwischen neun und 18 Jahren betreibt seit Juni 2012 auf der Insel New Georgia eine eigene Agrarkooperative. Die Kinder wurden von ihren Eltern im Stich gelassen und waren auf sich allein gestellt. Der 23-jährige Patrick Arathe, dessen Eltern verschwanden, als er neun war, begann als Erster auf einer ihm nach dem Erbrecht zustehenden Parzelle in Kindu, einem Dorf mit 5.000 Einwohnern im Küstengebiet von Munda, mit dem Anbau von Kohl, Bohnen, Tomaten, Gurken, Paprika, Kürbis, Kartoffeln, Maniok und weiteren Obst- und Gemüsesorten. Arathe

schlossen sich immer mehr elternlose Kinder und Jugendliche an. Inzwischen hat sich Arathes Projekt dank der lokalen Unterstützung der *Kastom Garden Association* zum größten Landwirtschaftsunternehmen in der Region entwickelt. Arathe führt die Geschäfte und achtet streng darauf, dass alle Kinder die Schule besuchen und erst nach den Hausaufgaben in ihren Gärten arbeiten. Durch den Verkauf der selbst gezüchteten Früchte erzielen die Kinder ein eigenes Einkommen und eröffnen sich berufliche Perspektiven als Bauern. 45% aller Jugendlichen der Salomonen sind nach offiziellen Angaben nach Beendigung der Schule arbeitslos.

Die Kinder verkaufen ihre Erzeugnisse nicht nur an die eigene Dorfgemeinschaft, sondern auch an ein Krankenhaus und an vier Unternehmen auf der Insel. In einer Woche kann die Kooperative damit zwischen 600 und 1.300 US-Dollar erwirtschaften. Bereits sechs Monate nach Projektbeginn, im Dezember 2012, hatten die Jungen genug Geld, um für sich selbst und eine solide Ausbildung zu sorgen.

Info: 80 Prozent der insgesamt 552.000 Einwohner der Salomonen leben von der Subsistenzlandwirtschaft und vom Fischfang. Die Nahrungsproduktion reicht für die Bedürfnisse der jährlich um 2,3 Prozent wachsenden Bevölkerung aber nicht aus. Die Infrastruktur des Inselstaates war durch den fünfjährigen Bürgerkrieg von 1999 bis 2003 auf der Hauptinsel Guadalcanal schwer beschädigt worden. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO sind auf den Salomonen 14 Prozent der Kinder unter fünf Jahren – das sind rund 5.000 – untergewichtig. 33 Prozent leiden unter Wachstumsstörungen.

(<http://www.visionews.net/de/salomonen-kinder-und-jugendliche-grunden-agrarkooperative/>)

† Walter Nalangu

Der langjährige Chefredakteur für den Bereich „Nachrichten und Aktuelles“ der *Solomon Islands Broadcasting Corporation (SIBC)*, Walter Nalangu, ist nach einem schweren Asthma-Anfall am 27. April im „National Referral Hospital“ von Honiara verstorben. Seit 2009 war der über die Grenzen der Salomonen hinaus bekannte Journalist Vizepräsident der *Media Association of Solomon Islands*. Hier setzte er sich vor allem für die fundierte Ausbildung des einheimischen Journalisten Nachwuchses ein.

Nalangu kam über Umwege zum Journalismus. Er machte zunächst eine Banklehre, absolvierte dann am College of Higher Education ein Lehramtsstudium und ging schließlich zur SIBC. Hier stieg er zum Chefredakteur auf und wurde das „Nachrichtengesicht“ des TV-Senders.

Nalangu wurde auf Wunsch seiner Witwe Janet und der gemeinsamen Kinder auf seiner Heimatinsel Mono im äußersten Westen der Salomonen beigesetzt. (*Solomon Star* 28.04.13, *Radio Australia* 29.04.13, *Solomon Times* 30.04.13)

FIDSCHI

[Anmerkung der Redaktion: Die Artikel in dieser Rubrik wurden von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp aus Berlin geschrieben.]

Regierung legt Verfassungsentwurf vor

Nachdem die fidschianische Übergangsregierung Anfang des Jahres bekannt gegeben hatte, den von der Verfassungskommission ausgearbeiteten Verfassungsentwurf zu überarbeiten (wir berichteten in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell*), sind im März sowohl der Entwurf der Verfassungskommission, als auch der überarbeitete Regierungsentwurf veröffentlicht worden. Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum sagte, der von der unabhängigen Verfassungskommission erarbeitete Entwurf habe mehrere schwere Mängel aufgewiesen und hätte deshalb von der Übergangsregierung überarbeitet werden müssen. Unter anderem warf die Übergangsregierung dem Verfassungsentwurf vor, er würde politisches Chaos in Fidschi stiften und nicht die Sicht der Mehrheit der Bevölkerung widerspiegeln. Aufgrund der Überarbeitung des ursprünglichen Verfassungsentwurfes durch die Regierung hinkt Fidschi inzwischen dem ursprünglich angedachten Zeitplan hinterher. Der fidschianische Übergangspräsident Voreqe Bainimarama gab bekannt, dass er davon ausgehe, dass die neue fidschianische Verfassung offiziell im Juni angenommen werde. Ursprünglich hatte der Zeitplan vorgesehen, dass der Entwurf der Verfassungskommission bereits im März hätte angenommen werden sollen. Derzeit hat die Bevölkerung noch die Möglichkeit, ihre Meinung zum neuen Entwurf zu äußern und Änderungsvorlagen einzureichen, über welche die Übergangsregierung entscheidet.

Die *Fiji Labour Party* setzt sich währenddessen in einer Petition dafür ein, dass der ursprüngliche, unveränderte von der Verfas-

sungskommission ausgearbeitete Entwurf wieder auf den Tisch kommt. Gleichzeitig schlug der frühere Premierminister Fidschis und Parteivorsitzende der *Fiji Labour Party*, Mahendra Chaudhry, gemeinsam mit weiteren Politikern vor, ein öffentliches Referendum abzuhalten. Dies würde es der fidschianischen Bevölkerung ermöglichen, klar auszudrücken, ob sie hinter dem Verfassungsentwurf der Regierung stünde oder nicht. Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, dessen Ministerium auch für die Vorbereitung der Wahlen zuständig ist, wies den Vorschlag allerdings umgehend zurück. Ein Referendum sei sowohl aufgrund von Zeitdruck als auch aus technischen Gründen nicht durchführbar.

Die Nachbarstaaten Fidschis haben nach einem Besuch von Vertretern der *Melanesian Spearhead Group* (MSG) in Fidschi erneut ihre Unterstützung für das von Australien und Neuseeland kritisierte Land ausgedrückt. Papua-Neuguinea hat Fidschi sogar knapp 20.000 € (50.000 Kina) als Unterstützung für die Durchführung der Wahlen angeboten. Dies soll langfristig eine noch engere politische Verbindung zwischen beiden Staaten fördern. Auch Dr. Babatunde Osotimehin, Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen und Leiter des *United Nations Population Funds* (UNFPA), sagte, er glaube daran, dass die Wahlen ohne Probleme ablaufen würden. Sollte Fidschi hierzu Unterstützung benötigen, seien die Vereinten Nationen gerne bereit, bei der Durchführung der Wahlen zu helfen.

Zwar steht noch kein endgültiger Tag für die geplanten demokratischen Wahlen fest, jedoch gab Sayed-Khaiyum bekannt, als Wahltermin sei der 30. September 2014 angedacht. Sobald die Verfassung angenommen sei, soll die bereits im vergangenen Jahr gestartete elektronische Registrierung von Wählern wieder aufgenommen werden und mit weiteren Vorbereitungen für die Wah-

len begonnen werden, darunter die Ernennung von Wahlkommissionen. (*Islands Business* 11.3.13, 18.4.13, 2.5.13, 6.5.13, 7.5.13, 13.5.13, *Radio New Zealand International* 16.4.13, 18.4.13, *Fiji Live* 2.5.13)

Drei Parteien bereiten sich nach Registrierung auf Wahlen 2014 vor

Nach dem Inkrafttreten einer neuen gesetzlichen Regelung zur Registrierung von politischen Parteien im Februar diesen Jahres (wir berichteten in der letzten Ausgabe), ist am 19. April die Frist für die Registrierung politischer Parteien, die bereits zuvor existiert haben, abgelaufen. Aufgrund von Unstimmigkeiten bei der Registrierung der *Fiji Labour Party* wurde die Frist bis zum 26. April verlängert. Wie der für die Registrierung der politischen Parteien zuständige Regierungsvertreter, Mohammed Saneem, mitteilte, seien nach Ende der Frist drei Parteien registriert: die *Fiji Labour Party* (FLP), die *National Federation Party* (NFP) und die neugegründete *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA), welche aus der früheren Partei *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua* (SDL) hervorgegangen ist. Letztere durfte nicht mehr unter ihrem ursprünglichen Namen antreten, da die neuen Parteiregularien unter anderem vorsehen, dass Parteien englische Namen haben müssen.

Wie Saneem bekannt gab, hätten alle drei Parteien deutlich die erforderlichen 5.000 Unterschriften für die Registrierung vorlegen können, die SODELPA insgesamt 8.689, die FLP 8.172 und die NFP 7.385 Unterschriften. Allerdings habe es bei allen Parteien Unstimmigkeiten und vereinzelte Doppelungen bei den Unterschriftlisten gegeben, welche nun der Polizei zur Prüfung vorgelegt worden seien. Der FLP wurde außerdem vorgeworfen, die Namen von Staatsbediensteten, welche für die Partei unterschrieben hatten, scheinbar aus Angst vor Repressionen zu anonymisieren. Dies hatte die Verlängerung

der Anmeldefrist zur Beseitigung von Unklarheiten bewirkt. Vor Ablauf der Registrierungsfrist war in den Medien als „proposed political parties“ über die Parteien gesprochen worden, welche bereits vor Erlass der neuen Parteienregelungen existiert hatten, sich nun aber neu registrieren mussten. Alle anderen früheren Parteien waren bereits zuvor offiziell aufgelöst worden, da sie die Anforderungen zur Registrierung, neben den Unterschriften auch eine Registrierungsgebühr, nicht zahlen konnten. Andernfalls wären ihre Vermögen und Besitztümer nach einem gescheiterten Registrierungsversuch verstaatlicht worden. Nach der Registrierung läuft nun eine weitere 30-tägige Frist für die registrierten Parteien, um all ihre Finanzen offen zu legen. Zukünftig müssen auch alle Kandidatinnen und Kandidaten vor Wahlen ihre Einkünfte, Nebenjobs und Funktionen, z.B. in Aufsichtsräten, vollständig offenlegen.

Die drei registrierten Parteien bereiten sich nun auf die für 2014 geplanten Wahlen vor. Die NFP will am 9. Juni in Lautoka zu einem ersten Parteitag zusammenkommen, auf welchem die Strategie für die anstehenden Wahlen beschlossen werden soll. Bereits danach sollen erste Wahlkampagnen starten. Auch die anderen Parteien gaben bekannt, sie seien bereit für die Wahlen im kommenden Jahr und wollten sobald wie möglich zusammenkommen, um ihre Wahlkampagnen zu planen. (*Islands Business* 22.5.13, 3.5.13, 23.4.13, *Fiji Live* 23.4.13)

Fidschi übernimmt Vorsitz der G77

Fidschi hat für das Jahr 2013 den Vorsitz der wichtigen *Gruppe der 77* (G77), einer Koalition von Entwicklungsstaaten übernommen. Die G77 wurde 1964 von 77 Staaten gegründet, heute gehören ihr 132 Mitglieder an und damit mehr als zwei Drittel der unabhängigen Staaten der Welt. Es ist das erste Mal, das ein Staat

aus dem Pazifik den Vorsitz der G77 oder einer vergleichbar großen Gruppe an Staaten übernimmt. Als Vorsitzender des Bündnisses hat Fidschi großen Einfluss auf die Agenda der Gruppe und ihrer Mitgliedsstaaten. Die Übernahme des Vorsitzes durch Fidschi unterstreicht die zunehmend ambitionierte Rolle, welche Fidschi in der Weltpolitik übernimmt.

Anfang Mai trafen hochrangige Vertreter der Mitgliedsstaaten der G77, darunter auch mehrere Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, im fidschianischen Naitadola zusammen, um unter Anleitung von Fidschi über die Zukunft der G77, welche im kommenden Jahr 50 Jahre alt wird, sowie die Strategien für dieses Jahr zu beraten. Dabei betonte der fidschianische Übergangspräsident die Bedeutung des Ausbaus der so genannten „Süd-Süd-Kooperation“ zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern. Auf Initiative Fidschis ging es bei dem Treffen auch um die Auswirkungen des Klimawandels. Zu diesem Thema hat Fidschis Vertreter bei den Vereinten Nationen, Peter Thompson, in den ersten Monaten dieses Jahres bereits mehrere Erklärungen im Namen der G77 abgegeben.

Neben Fidschi gehören der G77, die politisch der Volksrepublik China nahesteht, aus dem Pazifik auch die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Nauru, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Vanuatu an. Palau war Mitglied der Gruppe, hat sie aber wieder verlassen wegen zu großer Unstimmigkeiten bei der Thematik des Klimawandels. An dem jüngsten Treffen in Fidschi nahm auch der Präsident von Kiribati, Anote Tong, teil, der sein Interesse an einem Beitritt seines Landes zur G77 bekundete. (*Islands Business* 6.5.13, 7.5.13, 8.5.13, *Fiji Times* 7.5.13, 8.5.13, *Wikipedia Artikel zur G77* – Abruf: 28.5.13)

Air Pacific gerät in Kritik wegen Transport von Haifischflossen

Fidschis internationale Fluggesellschaft *Air Pacific*, welche noch in diesem Jahr in *Fiji Airlines* umbenannt werden soll, ist in heftige Kritik geraten, weil sie an Bord ihrer Flugzeuge in großen Massen Haifischflossen nach Hongkong transportieren soll, die dann auf dem chinesischen Markt vor allem als Haifischflossensuppen Verwendung finden. Die Vorwürfe gegen *Air Pacific* sind vor allem deswegen delikat, weil zahlreiche pazifische Staaten, darunter auch Fidschi, erst jüngst Kampagnen für den Schutz von Haien gestartet und teilweise großflächige Haischutzgebiete eingerichtet haben. Nach Angaben der chinesischen Zeitung *South China Morning Post* soll inzwischen ein Großteil der Haifischflossen auf dem chinesischen Markt über die regelmäßige Air-Pacific-Flugverbindung nach Hongkong gelangen. Nach heftigen Protesten hatte die Fluggesellschaft Hongkongs, *Cathay Pacific*, im vergangenen Jahr den Transport von Haifischflossen vollständig eingestellt. Umweltgruppen werfen nun *Air Pacific* vor, das umstrittene, aber scheinbar lukrative Geschäft übernommen zu haben. In der Tat bezeichnete die *South China Morning Post* die fidschianischen „Passagierflugzeuge“ nach Hongkong als schlecht getarnte Frachtmaschinen. Obwohl die Verbindungen von wenigen Passagieren frequentiert würden, seien die Flüge sehr ertragsreich, da sich das transportierte Handelsvolumen auf den Flügen in den letzten Jahren um mehr als das 20-fache erhöht hätte, hieß es. Den Berichten zu Folge stammten die Haifischflossen überwiegend aus den Cook-Inseln und Vanuatu, von wo sie über Fidschi nach Hongkong gelangen.

Air Pacific gab bekannt, die Vorwürfe zu prüfen, äußerte sich allerdings nicht näher zu diesen. (*Islands Business* 16.5.13)

VANUATU

Neuer Premier gewählt

Premierminister Sato Kilman ist einem Misstrauensvotum zuvor gekommen und hat am 21. März seinen Rücktritt erklärt. Oppositionsmitglied Ralph Regenvanu hatte das Misstrauensvotum angestrebt, die Opposition warf Kilman Amtsmissbrauch und Korruption vor. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2010 konnte Kilman sechs Misstrauensvoten abschmettern, nun nahm er seinen Hut. Der Parlamentspräsident George Wells rief daraufhin eine achttägige Sitzungspause des Parlaments bis zum 29. März aus, um in Ruhe einen Nachfolger für den geschassten Premier zu finden. Dagegen klagte die Opposition unter Vorsitz von Edward Natapei (Vanuaaku Pati) vor dem Obersten Gericht mit der Begründung, ein neuer Premier müsse unmittelbar nach dem Amtrücktritt des alten gewählt werden. Das Gericht beschloss deswegen eine „Zwangssitzung“ des Parlaments am Samstag, den 23. März. Hier wählten die Parlamentarier mit 34 von 52 Stimmen den amtierenden Finanzminister Moana Carcasses Kalosil zum neuen Premierminister.

Carcasses ist Parteiführer der Partei *Die Grünen*. Der 50-Jährige (Jahrgang 1963) ist relativ neu in der Politik, er wurde erst 2002 Abgeordneter für den Hauptstadtbezirk Port Vila. Carcasses hat einen französischen Vater und eine Mutter aus Tahiti, Frz.-Polynesien.

Der neue Premier berief u.a. folgende Personen in sein Kabinett: Willie Jimmy (Finanzminister, Liberal Democratic Movement), Patrick Crowby (Innenminister, Union des Partis Modérés), Bob Loughman (Erziehungsminister, Vanuaaku Pati), Ralph Regenvanu (Bergbauminister, Graon and Jastis Party) sowie Maki Simelum (Justizminister, Vanuaaku Pati). Zum stellvertretenden Premier und Außenminister ernannte Carcasses Edward Natapei. Der

ehemalige mehrfache Premierminister Serge Vohor wurde zum Gesundheitsminister ernannt.

(*Flash d'Océanie* 23.03., 25.03.13, *Radio Australia* 21.03., 25.03.13,)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Die neue Regierung von Vanuatu hat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit folgenden Staaten beschlossen: Korea, den Philippinen, Mexiko und der Türkei. Ein Sonderfall stellt dabei der vorderasiatische Staat Georgien dar. Im Widerspruch zu seinem Amtsvorgänger hat der neue Premierminister Moana Carcasses bekannt gegeben, die völkerrechtlich umstrittenen Staaten Abchasien und Südossetien nicht als eigene Staaten anzuerkennen, sondern stattdessen diplomatische Beziehungen zu Georgien zu knüpfen.

Premierminister Carcasses gab auch bekannt, die Verantwortlichkeiten des vanuatischen Botschafters für Australien zu erweitern. So wird Botschafter Kalfau Kaloris von Canberra aus nun ebenso zuständig sein für die Vertretung der politischen Interessen Vanuatus in Timor-Leste und den Vereinigten Arabischen Emiraten. (*Vanuatu Daily Post* 29.04.13)

Gesundheitsministerium will Fastfood in Schulen verbieten

Bei der Jahreshauptversammlung der *Vanuatu School Cooks Association* Mitte April in Port Vila haben die Kantinenköche der Schulen mit Vertretern des Gesundheits- und Bildungsministeriums über die Schulverpflegung in den Mensen diskutiert. Während das Gesundheitsministerium dringend vor dem Verzehr von importiertem Fastfood warnte und dazu aufrief, den Konsum zuckerhaltiger Limonade und importierter Fertigenmenüs in Schulen ganz zu unterbinden, argumentierten die Schulköche mit dem Kostenfak-

tor. Fastfood sei in der Anschaffung wesentlich günstiger und nicht so personalintensiv, da die Speisen nur aufgewärmt werden müssten. Zwar waren sich alle Köche einig darüber, wie ungesund importierte Fertignahrungsmittel sind, doch sahen sie keine Möglichkeit, angesichts des ihnen von den Schuldirektionen zugeleiteten Budgets schmackhafte Lokalprodukte zu verwenden. Regionale und saisonale Produkte auf den Märkten zu besorgen, sei aufwändig und teuer, sowohl in der Beschaffung als auch in der Zubereitung der Speisen, hieß es seitens der Schulköche.

Vertreter der Ministerien erklärten, sie würden sich direkt mit den Direktoren der Schulen zusammensetzen, um ein größeres Budget für die Beschaffung des Mensaessens durchzusetzen. Man müsse den Direktoren klarmachen, wie wichtig ein gesundes Essen für die geistige und körperliche Entwicklung ihrer Schüler sei, hieß es aus dem Gesundheitsministerium. Eigentlich sollten die Schuldirektoren das Mitbringen von Snacks und „Junkfood“ ganz verbieten, riet das Ministerium.

Info: In Vanuatu haben in den letzten Jahren so genannte „Zivilisationskrankheiten“ wie Bluthochdruck, Übergewicht und Diabetes zugenommen, da sich viele Menschen mit importierten Fertiggerichten ernähren, statt auf lokale Produkte wie Obst und Gemüse zurückzugreifen. (*Vanuatu Daily Post* 15.04.13)

Hälfte der Bevölkerung ist übergewichtig

50% aller Einwohner Vanuatus sind übergewichtig. Zu diesem erschreckenden Ergebnis kommt eine Studie des Gesundheitsministeriums, in der es vor allem um so genannte nicht-übertragbare Krankheiten (Non-Communicable Diseases, NCD) ging. Dazu zählen u.a. Diabetes, Krebs, Herz-/Kreislaufkrankungen sowie chronische Atemwegserkrankun-

gen. Risikofaktoren, an einer NCD zu erkranken, sind demnach: Rauchen, Konsum extrem fettiger und zuckerhaltiger Fertigerichte, Mangel an körperlicher Betätigung/Sport und hoher Alkoholkonsum. Bei 22 % aller Erwachsenen treffen drei oder mehr dieser Risikofaktoren aufeinander.

Laut der Studie sind Männer und Frauen auf dem Land und in der Stadt gleichermaßen von NCDs betroffen. 21% der Bevölkerung haben zu hohe Blutzuckerwerte, 30% leiden an Bluthochdruck.

46% aller Männer konsumieren Tabak, wohingegen nur 4% aller befragten Frauen zur Zigarette greifen. Die Alkoholrate ist mit 12% bei den Männern und 2,4% bei den Frauen zwar niedrig, dafür ist der Kava-Konsum aber extrem hoch: 68% aller Männer und 18% aller Frauen trinken regelmäßig Kava.

Mit der sportlichen Betätigung sieht es ebenfalls schlecht aus: 46% der Frauen sagten, sie würden niemals Sport treiben und sich am liebsten gar nicht körperlich betätigen. 21% aller Männer halten nichts von körperlicher Fitness.

Das Gesundheitsministerium erklärte, dass 70 bis 75% aller erwachsenen Todesfälle sich auf die Folgen einer NCD zurückführen lassen.

Ziel des Ministeriums ist es, gemeinsam mit den Gemeinden eine Strategie zu entwickeln, die NCD-Rate zu senken. Dazu müsse zunächst das Bewusstsein der Bevölkerung für einen gesunden Lebensstil geschaffen werden. (*Vanuatu Daily Post*, 03.04.13)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Gesetz zur "Homo-Ehe" verabschiedet

Am 23. April hat die französische Nationalversammlung die so genannte „Marriage pour tous“ (dt. Ehe für alle) verabschiedet. 331 Parlamentarier stimmten für die Reform des Ehe- und Familienrechts, 225 stimmten dagegen und 10 enthielten sich. Damit dürfen künftig in Frankreich sowie in den französischen Überseegebieten gleichgeschlechtliche Paare heiraten und auch Kinder adoptieren. Die im Volksmund als „Homo-Ehe“ betitelte offizielle Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare war eines der zentralen Wahlkampfversprechen des französischen Staatspräsidenten François Hollande.

Der Entscheidung der Nationalversammlung vorausgegangen waren Straßenkämpfe und gewalttätige Demonstrationen von Gegnern und Befürwortern der „Homo-Ehe“. Vor allem die konservative Opposition machte im Verbund mit der Katholischen Kirche Stimmung gegen die Gesetzesreform. Auch die rechte „Front National“ warb gegen das Gesetz mit dem Slogan „*Ich brauche einen Papa und eine Mama*“.

Info: In Frankreich und seinen Überseegebieten sind Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung bereits seit 1985 verboten. Seit 1999 konnten gleichgeschlechtliche Paare eine so genannte „eingetragene Partnerschaft“ eingehen. Diese Rechtsform gilt seit 2001 auch in Deutschland, wo gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebensgemeinschaft beim Standesamt eintragen lassen können. Die eingetragene Partnerschaft ist der Ehe gesetzlich jedoch nicht gleichgestellt.

Frankreich ist das neunte europäische Land und das 14. Land weltweit, dass die gleichge-

schlechtliche Ehe im Gesetz verankert hat. Vorreiter waren die Niederlande, die als erstes Land weltweit zum 1. April 2001 die „Homo-Ehe“ gesetzlich verankerten.

Da das Gesetz von der französischen Nationalversammlung beschlossen wurde, findet es ab sofort auch Anwendung in den pazifischen Überseegebieten Neukaledonien, Französisch-Polynesien und Wallis und Futuna.

Die neukaledonische Tageszeitung „Les Nouvelles Calédoniennes“ veröffentlichte am Tag nach dem Beschluss der Nationalversammlung Interviews mit schwulen und lesbischen Paaren, die sich nach eigenem Bekunden nun trauen lassen wollen. (*Les Nouvelles Calédoniennes* 24., 25.04.13, *La lettre de Kanaky* No. 245, April 2013, *Wikipedia*)

Journalisten fürchten um Meinungsfreiheit

Die Redakteure von Neukaledoniens einziger französischsprachiger Tageszeitung *Les Nouvelles Calédoniennes* befürchten die Beschneidung ihrer journalistischen Freiheit nach dem mutmaßlichen Verkauf der Zeitung an Geschäftsleute. So soll die im letzten Jahr von der französischen „Groupe Hersant Média“ und dem französischen Medienmogul Bernard Tapie aufgekaufte Zeitung inzwischen zur Bezahlung von Schulden an eine Gruppe neukaledonischer Geschäftsleute verkauft worden sein. Dazu gehören ein Großhändler, ein Autohändler, eine Bergbaugesellschaft sowie ein politisch den Rechten nahestehendes Ingenieurbüro.

Info: Die in der Hauptstadt Nouméa ansässige Tageszeitung erschien erstmals am 15. Juni 1971. Sie hat eine Auflage von 26.000 Exemplaren. (*Radio NZ Intern.* 19.03.13, <http://www.lnc.nc/>)

MIKRONESIEN

Schlechte Noten für Polizei

Palau: Das *Bureau of Public Safety* (BPS, Büro für öffentliche Ordnung und Sicherheit) kann aufgrund struktureller und personeller Mängel seinen Aufgaben nicht gerecht werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Evaluation der australischen Polizei. Die *Australian Federal Police* hatte die BPS-Unterabteilung „Polizei und Sicherheit“ im Februar des vergangenen Jahres einer detaillierten Prüfung unterzogen und dazu rund 50 Interviews geführt.

Die Ergebnisse der Evaluation offenbaren jetzt erschreckende Zustände im Inselstaat Palau. So handle es sich bei der BPS um einen aufgeblähten Bürokratieapparat, in dem weit mehr Beamte am Schreibtisch säßen als im operationalen Geschäft benötigt würden. Es mangle an Personal, das die eigentliche Arbeit auf den Straßen verrichte, heißt es. Die Polizei- und Sicherheitskräfte würden der Probleme wie Jugend Arbeitslosigkeit und Jugendkriminalität sowie Gewalt auf den Straßen nicht Herr, weil zu viel Geld in die Verwaltung des Polizeiapparates fließe, heißt es in dem Bericht. Es fehle an seriösem Finanzmanagement, an Wirtschafts- und Einsatzplänen und an einer langfristigen strategischen Planung.

Katastrophale Zustände zeigten sich auch im Aus- und Fortbildungssektor der BPS-Angestellten. Zum Teil würden Spenden in nutzlose Fortbildungen investiert oder Leute fortgebildet, die davon überhaupt nichts hätten, kritisieren die Verfasser der Evaluation. Die Angestellten seien sich der miserablen Arbeitsbedingungen bewusst und litten unter Frust und Demotivation. Zur Lösung von Problemen zögen viele Bürger nicht die Polizeikräfte heran, sondern nähmen das Recht und Gesetz mit Hilfe von Freunden und Verwandten

selbst in die Hand.

Zwar gäbe es standardisierte Prozesse bei der Aufklärung von Verbrechen und Straftaten, doch die Angestellten der BPS hielten sich nicht an Vorgaben, sondern arbeiteten nach eigenem Gusto und „pi mal Daumen“. Die Bevölkerung habe auch keine Möglichkeit, offizielle Beschwerde gegen die Ineffizienz der Polizei einzulegen. Es scheint, als habe sich die Zivilbevölkerung mit den Zuständen arrangiert, heißt es weiter in der Studie. Besonders dramatisch sei die mangelhafte Vernetzung der einzelnen Abteilungen der BPS untereinander. Jeder arbeite irgendwie vor sich hin, doch es gäbe weder Absprachen noch Rückkoppelungen zwischen den Abteilungen. Dies sei aber besonders wichtig, zum Beispiel bei der Bekämpfung von illegaler Fischerei oder dem Drogenhandel, da Drogen oft auf dem Wasserweg ins Land kämen.

Der palauische Justizminister Antonio Bell nahm die vernichtenden Ergebnisse der Studie entgegen und sagte, er nähme diese Evaluation sehr ernst. Interne Evaluationen hätten das gleiche Ergebnis erzielt.

Die Studie der australischen Polizei ist bewusst objektiv und wertfrei geschrieben. Sie enthält sich jeglichen Kommentars und jeglicher Empfehlungen, sondern schildert rein sachlich den aktuellen Ist-Zustand in dem mikronesischen Inselstaat. (*Island Times* 04.04.13)

Präsident ernannt Ministerin

Palau: Der seit dem 14. November 2012 amtierende palauische Präsident Tommy Remengesau hat Anfang des Jahres das Kultusministerium (Ministry of Community and Cultural Affairs) mit einer Frau besetzt. Frau Baklai Temengil ist die erste weibliche Parlamentarierin in der seit 1994 unabhängigen Republik. Sie sprach am 21. Februar im Parla-

ment in der Hauptstadt Melekeok ihren Amtseid. Temengil (Jahrgang 1966) war zuvor Generalsekretärin beim palauischen Nationalen Olympischen Komitee. (<http://www.pacwip.org/resources/news/2013/hon-baklai-temengil-palau-first-woman-cabinet-minister.html>, *Flash d'Océanie* 07.03.13)

Gesetz über Mindestlohn verabschiedet

Palau: Präsident Tommy Remengesau Jr. hat zum 1. Mai zwei neue Gesetze verabschiedet.

Das Gesetz Nr. 9-1 regelt die Höhe des Mindestlohns, der seit 1997 nicht angehoben worden war. Zum 1. Oktober 2013 soll der stündliche Mindestlohn auf 2,75 US-Dollar (statt wie bisher 2,50 \$) angehoben werden. Sukzessive soll in den Folgejahren bis 2016 der Lohn auf 3,50 Dollar pro Stunde steigen. Die Erhöhung des Mindestlohns gilt für Einheimische und Ausländer. Allerdings gibt es jede Menge Ausnahmen: Ausgeschlossen von der Regelung sind Hauswirtschafterinnen, Babysitter, studentische Hilfsarbeiter, Angestellte von Nichtregierungsorganisationen sowie alle Personen unter 20 Jahren, die nicht mehr als 90 Tage pro Jahr beschäftigt sind.

Mit dem Gesetz Nr. 9-2 beschloss das Parlament die Festlegung des gesetzlichen Renteneintrittsalters mit 60 Jahren. Bis dato konnten alle Personen in Rente gehen, die mehr als 30 Arbeitsjahre abgeleistet hatten, unabhängig von ihrem Lebensalter. Mit dem neuen Gesetz müssen alle Arbeitnehmer bis zu ihrem 60. Geburtstag arbeiten, bevor eine Rente ausgezahlt wird. Eine Ausnahme bilden die Richter, die über das 60. Lebensjahr hinaus arbeiten können. (*Palau Island Times* 02.05.13)

Nauru nimmt Studenten von Uni

Nauru/PNG: Aus Sorge um die Eskalation von studentischen Protesten an der Universität von Papua-Neuguinea in Goroka hat die Regierung von Nauru ihre fünf Lehramtsstudenten aus der Uni genommen. Die Nauruaner haben ein Stipendium von der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAid und studieren Lehramt für Realschule und Gymnasium.

An der Außenstelle der *University of Papua New Guinea* in der Provinzhauptstadt Goroka war es in den letzten Monaten zu studentischen Streiks gegen die Verwaltung der Uni gekommen. In einem 51-Punkte-Plan forderte die Studentenschaft verbesserte Lehrbedingungen, die Senkung der Studiengebühren, die Entlassung des Vize-Direktors der Uni sowie ein besseres Mitspracherecht der Studierenden.

Die Regierung Naurus versprach, dass ihre Stipendiaten ihr Lehramtsstudium an anderen Bildungsinstitutionen fortführen könnten.

Info: Die 21 Quadratkilometer kleine Koralleninsel Nauru im nordwestlichen Pazifik ist seit 1968 eine unabhängige Republik mit knapp 10.000 Einwohnern.
(*Radio NZ Intern.* 01.05.13)

MARSHALL-INSELN

Notstand wegen Dürre

Der Präsident der Marshall-Inseln, Christopher J. Loeak, hat Anfang Mai wegen der andauernden Trockenheit auf den Inseln den nationalen Notstand ausgerufen. Seit Monaten leiden vor allem die Bewohner der nördlichen Atollinseln unter extremer Dürre. Die Trinkwasserreserven sind aufgebraucht, die Süßwasserlinsen unter einigen Atoll versalzen und damit weder zum Verzehr noch zur Bewässerung der Nah-

zungspflanzen geeignet. Die Ernteaufträge durch die anhaltende Trockenheit sind so groß, dass die Bewohner vieler Inseln auf importierte Lebensmittel und Trinkwasserspender angewiesen sind. Der Präsident fürchtet um den Ausbruch von Krankheiten, da Fäkalien nicht mehr entsorgt werden können und kein Süßwasser zur Reinigung von Wäsche und Körper und zur Herstellung von Speisen zur Verfügung steht.

Verbände des Roten Kreuzes aus Australien und Neuseeland sind den Menschen auf den Marshall-Inseln bereits zu Hilfe geeilt und haben Meerwasserentsalzungsanlagen nach Majuro gebracht. Techniker kümmern sich auch um die Inbetriebnahme der auf einigen Inseln bereits bestehenden, jedoch kaputten, Entsalzungsanlagen. Verschiedene Organisationen aus Amerika sowie in Majuro ansässige koreanische Geschäftsleute spendeten in Flaschen abgefülltes Trinkwasser, Kleidung und Güter des täglichen Bedarfs. Die Asiatische Entwicklungsbank ADB überwies Nothilfe aus dem Katastrophenfonds der Bank in Höhe von 100.000 US-Dollar.

Amerikanische Wetterforscher rechnen mit einem Anhalten der Dürre auf den nördlichen Atollen bis in den Juli hinein. Die Situation auf den südlichen Atollen rund um die Hauptinsel Majuro ist etwas entspannter. (*The Marshall Islands Journal* 24.05., 31.05.13, *Marianas Variety* 06.05.13)

Film in LA gezeigt

Der von Jack Niedenthal und Suzanne Chutaro in Majuro gedrehte Film „The Sound of Crickets at Night“ ist bei dem renommierten 29. „Asian Pacific Film Festival“ vom 23. bis zum 27. Mai im kalifornischen Los Angeles gezeigt worden. Die vierte gemeinsame Produktion von Niedenthal und Chutaro wurde bereits auf mehreren Filmfestivals der Region mit Preisen geehrt, u.a. bekam die

Hauptdarstellerin Salome Fakatou den ersten Preis des *Guam International Film Festival* 2012. Als bester ausländischer Film war die Lokalproduktion im September 2012 auch bei dem *Moon-dance International Film Festival* in New York ausgezeichnet worden. (*The Marshall Islands Journal* 22.03.13)

KIRIBATI

Abkommen mit Weltbank

Im Rahmen des *Pacific Energy Summit* Ende März in Auckland (Neuseeland) haben Präsident Anote Tong und ein Vertreter der Weltbank ein Abkommen in Höhe von vier Millionen US-Dollar unterzeichnet. Mit dem Geld sollen Solaranlagen auf dem Hauptatoll Tarawa installiert werden. Zukünftig sollen über diese Anlagen 15% der benötigten Energie gewonnen werden. Tong erklärte, aufgrund der hohen Einfuhrpreise für fossile Treibstoffe sei es nicht möglich, den in den Gewässern von Kiribati gefangenen Fisch vor Ort zu verarbeiten. Dies benötige zu viel kostbare Energie. Mit den Solaranlagen werde man den Import von Diesel um 230.000 Liter jährlich senken können. Kiribati sei bis dato zu 100% abhängig von der Einfuhr fossiler Treibstoffe, erklärte Franz Drees-Gross, der Pazifik-Beauftragte der Weltbank. Der Aufbau von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien sei ein Schritt, Kiribati unabhängiger von Weltmarktpreisen zu machen und gleichzeitig wichtig für die Reduktion von klimaschädlichen Gasen auf den Atollen. (*Radio Australia* 25.03.13, http://www.pv-tech.org/news/world_bank_brings_the_solar_energy_to_residents_homes_in_kiribati)

Staatlicher Fernsehsender geschlossen

Der einzige staatliche Fernsehsender *TV Kiribati* hat Ende März überraschend seinen Betrieb eingestellt. Als Begründung gab Präsident Anote Tong nicht nur

die desolante finanzielle Situation des Senders an, sondern vor allem die mangelnde Expertise der Betreiber des Senders. Es man-gele einfach an Wissen, wie man „gutes Fernsehen“ produziere, so der Präsident.

Info: TV Kiribati war 2004 nach Beschluss des Telekommunikationsgesetzes an den Start gegangen. Er sendete nur in South Tarawa und in Betio. Von Montags bis Freitags verbreitete er täglich rund eine Stunde Lokal- und Regionalnachrichten, der Rest des Programms wurde von anderen Sendern aus Australien und den USA übernommen. Am Wochenende stand der Betrieb im Sender still. Nach Schließung dieses einzigen Fernsehsenders sind die Bewohner von South Tarawa nun auf lokale Radiostationen und die Zeitung angewiesen. (*The Kiribati Independent* 26.03.13, *Wikipedia*, *CIA World Factbook online*)

EU sorgt für Trinkwasser

Mit 4,8 Millionen Euro wird die Europäische Union Projekte zur Trinkwasserversorgung auf den Atollen fördern. Mit weiteren 1,5 Millionen Euro soll das staatliche Finanz- und Verwaltungssystem ausgebaut werden. Der Schwerpunkt soll dabei auf der Verwaltung der Entwicklungshilfegelder im Bereich Klimawandelfolgen liegen. Das gaben Präsident Anote Tong und Andrew Jacobs, der EU-Botschafter für den Pazifik, Ende Mai bekannt. Die Gelder kommen aus dem 10. Europäischen Entwicklungshilfefonds. Aus diesem Fonds werden Projekte finanziert, die die Auswirkungen des Klimawandels auf die niedrig gelegenen Pazifikinseln abmildern sollen. Zunächst sollen mit dem Geld vor allem die Bewohner von Kiritimati („Weihnachtsinsel“) unterstützt werden. Aufgrund der Überbevölkerung des mit über 5.000 Menschen besiedelten Korallenatolls haben viele Bewohner nur rund drei Stunden täglich Zugang zu Trinkwasser. Bis zum Jahr 2020 werden vermutlich 12.000 Men-

schen auf Kiritimati leben. Mit den EU-Geldern soll 85% der Gesamtbevölkerung der ständige Zugang zu sauberem Wasser ermöglicht werden.

(http://eeas.europa.eu/delegations/fiji/press_corner/all_news/news/2013/20130521_01_en.pdf, *Flash d'Océanie* 22.05.13)

Toiletten für North Tarawa

Mit Hilfe von UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) konnten auf North Tarawa Toiletten gebaut werden. Das gab die Chefin des UNICEFS-Büro in Kiribati, Frau Nuzhat Shahzadi, Mitte Mai bekannt. Sie erklärte North Tarawa auch zur ersten Pazifikinsel ohne offene Fäkalienstellen (Engl. „defecation free“). Bis dato hätten die rund 6.000 Bewohner des Atolls ihre Notdurft am Strand, im Meer oder hinter Büschen verrichtet. Es hätte keine ausgewiesenen Plätze für den Toilettengang gegeben und viele Strände seien extrem verunreinigt gewesen, was die Verbreitung von Krankheiten gefördert hätte. Mit Unterstützung der UNICEF bauten die Bewohner nun Toiletten aus Naturmaterialien. Dazu gruben sie ein tiefes Loch, umgaben es mit einem Sichtschutz aus Steinen und schufen Möglichkeiten, sich mit Wasser und Seife die Hände zu waschen. Die Toilettengruben würden regelmäßig mit Asche aus den Feuerstellen bedeckt, dies verhindere Geruch und Fliegen, erläuterte Shahzadi das Konzept.

Info: Nach Angaben der 2001 gegründeten Nichtregierungsorganisation *World Toilet Organization* haben 2,5 Milliarden Menschen weltweit keinen Zugang zu hygienischen Toiletten. (*Radio NZ Intern.* 13.05.13, <http://worldtoilet.org>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Botschaft eröffnet

Tuvalu: Der polynesischer Inselstaat Tuvalu hat am 14. März seine Botschaft im taiwanesischen Taipei eröffnet. Dazu war eigens der tuvaluische Premierminister Willy Telavi nach Taiwan gereist. Gemeinsam mit dem taiwanesischen Botschafter für Tuvalu, Minute Taupo, eröffnete er das Botschaftsgebäude. Dieses befindet sich im „Taipei International Trade Building“.

Tuvalu ist einer von 23 Staaten weltweit, der Taiwan offiziell als eigenen Staat anerkennt. Tuvalu und Taiwan unterhalten bereits seit 1979 diplomatische Beziehungen. Tuvalu war der erste Pazifikstaat, der diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatte.

Weltweit hat Tuvalu nur noch vier weitere Botschaften: bei den Vereinten Nationen, bei der Europäischen Union, in Neuseeland und in Fidschi.

(<http://focustaiwan.tw/news/aall/201303130044.aspx>, <http://www.embassypages.com/>, *Radio NZ. Intern.* 10.03.13)

Regierung will Qualität bei „feinen Matten“

Samoa: Die Regierung von Samoa strebt die Regulierung des „Mattenmarktes“ an und wird vermutlich ein Projekt zur Wiederbelebung der Herstellung und Verbreitung traditioneller „feiner Matten“ fördern. Das gab Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi bekannt. Er beobachtete einen Niedergang des Gebrauchs traditioneller samoanischer feiner Matten, die sich durch eine besondere Größe und durch eine besondere Flechttechnik auszeichneten. In der letzten Zeit

seien immer modernere Matten bei Hochzeiten, Beerdigungen und anderen Feierlichkeiten benutzt worden, die nicht den strengen Anforderungen an eine „feine Matte“ entsprechen. Diese modernen Matten seien zwar auch geflochten, sie seien aber viel zu groß, um sie noch wie gehabt unter dem Arm zu tragen. Er habe nichts gegen die Herstellung dieser Matten, doch sollten diese lieber ins Ausland exportiert werden. In Samoa selber sollte man sich auf die traditionelle „feine Matte“ zurückbesinnen, forderte der Premier im Interview mit einem Korrespondenten von „Radio New Zealand International“.

Info: Die „feine Matte“ (Samoa-nisch: *'ie toga*) ist auch heute noch das wichtigste und wertvollste Element im Gabentausch. Sie wird aufwändig per Hand aus sehr dünnen getrockneten Pandanusblättern geflochten. Die Herstellung einer feinen Matte kann je nach Güte einige Monate bis Jahre dauern. Die Matten werden bei Festen wie Hochzeiten und Beerdigungen verschenkt. Dabei werden sie unter dem Arm bis zum Empfänger hingetragen und dann mit einem bestimmten Zeremoniell an den Empfänger übergeben. Feine Matten können auch bei besonderen Gelegenheiten quasi als Rock um die Hüfte getragen werden. (*Radio NZ. Intern. 12.05.13, eigene Beobachtung in Samoa*)

UNDP-Unterstützung für Parlamentarier

Tonga: Mit 3,8 Millionen US-Dollar wird das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen UNDP die demokratische Entwicklung des Königreichs Tonga unterstützen. Dazu sollen die Parlamentarier darin geschult werden, wie im Parlament demokratische Entscheidungen getroffen werden können und wie demokratische Gesetze entwickelt und verabschiedet werden können. Außerdem soll die bereits bestehende Wahlkommission auf die Durchführung der Parla-

mentswahlen im nächsten Jahr vorbereitet werden.

Die UNDP-Gelder kommen aus dem Etat der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAid, die seit Jahren finanziell den Demokratisierungsprozess in Tonga unterstützt.

Info: Tonga mit seinen rund 101.000 Einwohnern ist eine parlamentarische Monarchie, in der die Verfassung dem König große Befugnisse einräumt. Das nationale Parlament (*Fale Alea*) hat 26 Abgeordnete, von denen 17 durch das Volk und neun durch den Adel gewählt werden. (*Radio Australia 22.04.13, Matangi Tonga online*)

Journalisten ausgezeichnet

Tonga: Am 19. April sind fünf tongaische Journalisten für ihre Berichterstattung zum Thema „Häusliche Gewalt“ mit Preisen ausgezeichnet worden. Der Journalistenwettbewerb war zur Feier des Internationalen Frauentages Anfang März von verschiedenen Organisationen unter Federführung der tongaischen Tageszeitung *Matangi Tonga* ausgeschrieben worden. 29 Beiträge wurden eingereicht, fünf Personen für ihre Werke geehrt:

Die Fotoredakteurin Linny Folau (Matangi Tonga) erhielt einen Preis für ihre Fotostrecke samt Text über die zu erwartende Gesetzesänderung in Bezug auf häusliche Gewalt und die Rolle der Polizei bei Gewaltdelikten. Jungjournalistin und derzeitige Praktikantin bei Vav'u Press, Frau Finau Fonua, wurde für ihr Interview mit der Ärztin Dr. Mapa Pulo zur Frage, inwieweit häusliche Gewalt zu psychischen Erkrankungen führt, geehrt. Die Hörfunkmoderatorin Marian Kupu von *Nuku'alofa 89.5 FM* gewann einen Preis für die detaillierte und faktenreiche Berichterstattung über die Zahl und Schwere von häuslicher Gewalt in Tonga.

Lesila Lokotu To'ai, Mitarbeiterin des *Women and Children Crisis Centre*, recherchierte zu kulturellen und religiösen Beweggründen von häuslicher Gewalt.

Alle Preisträger bekamen ein Preisgeld in Höhe von 100 US-Dollar sowie ein Jahresabo von *Matangi Tonga*. Die Preise wurden im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in der Basilica in Nuku'alofa von Brett Adlam, dem australischen Hochkommissar für Tonga, überreicht. (*Matangi Tonga 20.04.13*)

Neue Zeitung

Tonga: Eine vierzehntägig erscheinende neue Zeitung nimmt sich aktueller Themen an. Die kostenlos verteilte *Kaivai* will besonders über Frauenrechte, Klimawandel, Tourismus und die Verbreitung nicht-übertragbarer Krankheiten berichten. Mitherausgeber Salote Sisifa erklärte, es gäbe zwar schon einige Zeitungen in Tonga, aber deren Inhalte erschienen den Herausgebern gerade in Bezug auf die oben genannten vier Themenfelder zu flach und schlecht recherchiert. Die englischsprachige *Kaivai* soll aufklärerische Funktionen übernehmen und ihre Leser fundiert informieren, erklärte Sisifa. Die Zeitung wird von einem tongaisch-fidschianischen Herausgabeteam produziert und soll sowohl auf der Hauptinsel Tongatapu als auch auf den anderen Inseln an alle Haushalte verteilt werden. (*PINA 21.03.13, Radio Australia 26.03.13*)

Sammelklage gegen StarKist?

US-Samoa: Ein kalifornischer Staatsbürger aus Oackland hat gegen die auf Amerikanisch-Samoa ansässige Thunfischfabrik *StarKist Samoa* Klage erhoben und sogar mit einer Sammelklage anderer Konsumenten gedroht. Patrick Hendricks wirft der Konservenfabrik vor, ihre Thunfisch-

konserven nicht gemäß der Gewichtsangabe auf den Dosen zu verpacken und damit gegen das herrschende kalifornische Konsumentengesetz zu verstoßen. Der Kläger hatte unterschiedliche Konservenarten von *StarKist* einer Gewichtsprüfung unterzogen und dabei festgestellt, dass bei den „Thunfisch-in-Wasser“-Dosen zu wenig Thunfischfleisch enthalten war.

Hendricks Rechtsanwalt ließ daraufhin auch andere Dosenarten (Thunfisch-in-Öl, Thunfischfilets-in-Öl etc.) öffnen und die Fisch einlage wiegen und erklärte in dem 18-seitigen Dokument, *StarKist* befülle die Dosen systematisch mit rund 17,3% weniger Thunfischfleisch als auf den Dosen angegeben.

Die in der Hauptstadt Pago-Pago ansässige Geschäftsführung von *StarKist Samoa* hat nun vier Wochen Zeit, zu der Klage Stellung zu nehmen. (*Samoa News* 10.03., 11.03.13)

Fangquote soll limitiert werden

Cook-Inseln: Das Ministerium für marine Ressourcen der Cook-Inseln erwägt die Limitierung des Thunfischfangs in seiner 1,8 Quadratkilometer großen exklusiven ökonomischen Zone. Im vergangenen Jahr waren rekordverdächtige 11.000 Tonnen Thunfisch aus den Gewässern der Cook-Inseln gefischt worden. Aufgrund der drohenden Überfischung vor allem des Großaugenthunfischs überlege man, die Fischfanglizenzen für auswärtige Fangflotten an die Limitierung der Fangmenge zu koppeln, erläuterte der zuständige Minister Ben Ponia. Bisher gäbe es zwar schon eine jährliche Gesamt-Obermenge des erlaubten Fanges, aber man habe diese erlaubte Menge noch nicht auf einzelne Langleinenboote heruntergebrochen. Angesichts der knapper werdenden Fischbestände auch im Herzen des Pazifischen Ozeans könnte es sich die Regierung

der Cook-Inseln leisten, Fangmengen zu begrenzen und Lizenzen teurer zu verkaufen, erklärte Minister Ponia.

Die auswärtigen Langleinenboote dürfen nur außerhalb einer 12-Meilen-Zone rund um jede Insel der Cook-Inseln fischen, um den lokalen Fischern keine Konkurrenz zu machen.

(<http://www.fao.org/docrep/005/ac682e/ac682e06.htm>,

http://www.spc.int/DigitalLibrary/Doc/FAME/Brochures/Anon_00_CookIslands_Tuna.pdf,
Radio NZ. Intern. 16.04.13)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Flosse nach Wahlsieg erneut Präsident

Bei den Wahlen zur Landesversammlung von Französisch-Polynesien hat die Partei *Tahoeraa Huiraatira* des Senators und langjährigen früheren Präsidenten Gaston Flosse eine deutliche Mehrheit gewonnen.

Bereits in der ersten Wahlrunde am 21. April lag Flosses Partei mit 40,16% der Stimmen deutlich vorn. Die regierende *Union pour la Démocratie* (UPLD) des amtierenden Präsidenten Oscar Temaru gewann dagegen nur 24,09%. Die von dem ehemaligen *Tahoeraa*-Mitglied Teva Rohfritsch mit Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Gaston Tong Sang wenige Monate vor der Wahl aus mehreren pro-französischen Splitterparteien gegründete Partei *A Tia Porinetia* kam mit 19,92% auf den dritten Platz. Die ebenfalls pro-französische Kleinpartei *Porinetia Ora* von Teiva Manutahi folgte weit abgeschlagen mit 5,71%. Fünf weitere Splitterparteien erreichten jeweils unter 4%. In der Stichwahl am 5. Mai, zu der alle Parteien antreten durften, die in der ersten Runde mindestens 12,5% erreicht hatten, gewann die *Tahoeraa* 45,11%, die UPLD 29,26% und *A Tia Porinetia* 25,63%, das heißt, das Ergebnis der Vorrunde wurde proportional weitgehend bestätigt.

Die Wahlbeteiligung lag in der ersten Runde bei 67,45%, in der Stichwahl lag sie mit 72,79% etwas höher.

Das Wahlergebnis markiert eine deutliche Niederlage der UPLD, die bei der letzten Wahl 2008 in der zweiten Wahlrunde 37,18% erhalten hatte. Weitere massive Verlierer sind die Vertreter des pro-französischen „dritten Weges“ von *A Tia Porinetia*, deren Vorgängerpartei *To Tatou Aia* mit 45,12% die Wahl von 2008 klar gewonnen hatte, allerdings bald danach in untereinander zerstrittene Splittergruppen zerfallen war. Im krassen Gegensatz dazu ist es Gaston Flosse gelungen, seine Partei, die 2008 mit nur 17,16% einen massiven Einbruch erlitten hatte, erneut zur führenden Kraft des Landes zu machen, was sich bereits letztes Jahr angedeutet hatte, als die *Tahoeraa* bei den französischen Parlamentswahlen alle drei Abgeordnetenmandate Französisch-Polynesiens in Paris gewonnen hatte.

Während die Prozentzahlen allein einen deutlichen politischen Wandel markieren, fällt die Sitzvergabe in der Landesversammlung noch deutlich massiver zugunsten der *Tahoeraa* aus, da das neue Wahlgesetz der führenden Partei über die proportionale Sitzverteilung hinaus einen automatischen Bonus von einem Drittel der Sitze zuspricht. Die *Tahoeraa* erhält damit eine Zweidrittelmehrheit von 38 Sitzen (gegenüber 10 rein proportionell vergebenen Sitzen 2008), während sich die nun oppositionelle UPLD mit nur 11 Sitzen (2008: 20 Sitze) und *A Tia Porinetia* mit nur acht Sitzen (*To Tatou Aia* 2008: 27 Sitze) zufrieden geben müssen.

Während Flosses massive Mehrheit somit erstmals seit Jahren wieder politische Stabilität garantiert, machen sich Kritiker Sorgen, dass der für seinen korrupten und selbstherrlichen Führungsstil berüchtigte Flosse erneut versuchen könnte, ein faktisch autoritäres Regime zu errichten, wie er es

bereits um die Jahrtausendwende, als seine Partei über eine ähnlich große Mehrheit verfügte, versucht hatte.

Dass es Flosse gelungen ist, seine Partei in voller Stärke wieder aufzubauen, zeigt auch eine Analyse der Ergebnisse auf Regional- und Gemeindeebene. Die Tahoe-*raa* liegt in praktisch allen Gemeinden in Führung, selbst dort wo andere Parteien den Bürgermeister stellen. Die UPLD liegt dagegen nur noch in ihrer traditionellen Hochburg *Faaa* (wo *Temaru* seit 1983 Bürgermeister ist) sowie auf der zum Austral-Archipel gehörenden Insel *Raivavae* in Führung. Selbst in *Faaa* verfehlte *Temarus* Partei allerdings mit 47,99% ihre bisher dort stets absolute Mehrheit. Die andere Ausnahme bilden die Inseln unter dem Wind, wo *A Tia Porinetia* insbesondere in den Gemeinden *Bora-Bora* (wo *Gaston Tong Sang* seit 1989 Bürgermeister ist), *Huahine* und *Uturoa* in Führung liegt.

Aufgrund des klaren Wahlergebnisses gab es nach der Wahl anders als 2008 keine Überraschungen, und die konstituierende Sitzung der Landesversammlung wurde weitgehend zu einer Formalität. Am 16. Mai wurde *Flosses* Schwiegersohn *Edouard Fritch* wie geplant mit den 38 Stimmen seiner Fraktion zum Präsidenten der Landesversammlung gewählt, und die gleiche Stimmenmehrheit wählte am folgenden Tag den zuvor kurzzeitig als Alterspräsident amtierenden 81-jährigen *Flosse* zu *Temarus* Nachfolger als Präsident des Landes. Am gleichen Nachmittag präsentierte *Flosse* sein Kabinett aus acht Ministern (eine massive Verkleinerung im Vergleich zu früheren Kabinetten mit bis zu 16 Ministern). Vizepräsident ist der politische Neuling *Nuihau Laurey*, und mehrere andere der Minister sind ebenfalls neu in der Landespolitik. Neben der Verkleinerung des Kabinetts kündigte *Flosse* mehrere andere Sparmaßnahmen an, beispielsweise die Reduzierung der Abgeordneten- und Mi-

nistergehälter.

Flosses Wiedereinzug in den Präsidentenpalast als praktischer Alleinherrscher für die nächsten fünf Jahre markiert das vorläufige Ende des 2004 begonnenen, als „*Tau'i*“ („Wandel“) bezeichneten politischen Projekts von *Oscar Temaru*, durch in demokratischen Wahlen gewonnene Kontrolle der Landesregierung das Land auf die langfristig angestrebte Unabhängigkeit vorzubereiten. Das schlechte Ergebnis der UPLD zeigt ziemlich eindeutig, dass dieses Projekt klar gescheitert ist, denn es ist *Temaru* nicht gelungen, seine Wählerschaft dauerhaft auf größere Bevölkerungsteile auszudehnen. Dies liegt nicht zuletzt an einem schlecht organisierten Wahlkampf, in dem *Temaru* alles auf seine Kampagne zur Wiedereinschreibung des Landes auf die Liste der nicht-selbstregierten Territorien der UNO setzte, aber andere Politikbereiche, insbesondere im Finanz- und Wirtschaftsbereich, total vernachlässigte. Da sich das Land seit mehreren Jahren in einer massiven Wirtschaftskrise befindet, haben die meisten Einwohner verständlicherweise andere konkretere Sorgen und kümmern sich wenig um Debatten in New York um den politischen Status des Landes. Hinzu kommt, dass *Temarus* Regierung trotz guter Vorsätze wenig Konkretes unternahm, um den verschwenderischen Lebensstil der Regierenden, der in eklatantem Gegensatz zur immer größer werdenden Armut vieler einfacher Bürger des Landes steht, zu reduzieren. Der zur Zeit der Atomtests von Frankreich geschaffene, und von *Flosse* auf dem Höhepunkt seiner Macht um die Jahrtausendwende weiter massiv ausgebauten Verwaltungsapparat von tausenden privilegierten Beamten, blieb unter den Präsidentschaften von *Temaru* und *Tong Sang* weitgehend in alter Form bestehen, und wurde sowohl von der UPLD als auch von *To Tatou Aia* in ähnlicher Weise wie zuvor von der *Tahoeraa* für klientelistische Zwecke verwendet, um die

stets knappen Mehrheiten in der Landesversammlung zu sichern. Jede Regierung, egal welcher Partei, füllte zahlreiche gut bezahlte, oftmals praktisch nutzlose, Regierungsposten mit ihren Parteifreunden und Verwandten. Obwohl *Flosse* diese Praktiken begann und ihm somit die größte Schuld an diesem System gegeben werden kann, blicken viele Wähler nostalgisch auf seine Regierungszeit um die Jahrtausendwende zurück, als die Wirtschaft des Landes insgesamt, durch massive Finanzspritzen aus Paris gestärkt, vergleichsweise gut dastand.

Insgesamt zeigt das Ergebnis somit deutlich, dass die große Mehrheit der Wähler trotz aller Skandale und Korruptionsaffären nach wie vor den Parteien der traditionellen Politiker treu bleibt und lediglich zwischen diesen hin und her schwankt. Parteien politischer Außenseiter mit neuen Ideen, beispielsweise die „*Te Hiti Tau Api*“ des studierten Betriebswirtschaftlers *Quito Braun-Ortega*, der ein exzellentes Programm zur finanziellen Sanierung des Landes vorlegte, oder die Partei „*Rassemblement pour le Respect du Peuple Polynésien*“ des Gewerkschaftlers *Emile Vernier*, der die volle Integration des Landes ins „Mutterland“ als französisches Département anstrebt, erhielten jeweils nur wenige hundert Stimmen und blieben meilenweit von der 5 %-Hürde entfernt.

Den größten Unsicherheitsfaktor in der lokalen Politik stellen allerdings die beiden laufenden Korruptionsprozesse gegen Präsident *Flosse* dar. In beiden Fällen wurde *Flosse* bereits wegen Bestechlichkeit und Untreue zu mehrjährigen Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt und es scheint eher unwahrscheinlich, dass er die laufenden Berufungsverfahren gewinnen könnte. Sollte *Flosse* auch nur einen der beiden Prozesse endgültig verlieren, müsste er umgehend ins Gefängnis und würde das Präsidentenamt verlieren. Für den Fall, das

es dazu kommt, hat Flosse allerdings bereits Versammlungspräsident Edouard Fritch zu seinem Nachfolger und den Tahoeraa-Abgeordneten Jean-Christophe Bouissou zum neuen Versammlungspräsidenten erkoren, so dass die Tahoeraa-Regierung für die gesamte Legislaturperiode gesichert zu sein scheint.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Les Nouvelles de Tahiti, Tahiti Infos; eigene Beobachtung der Wahl)

UN beschließt Wiedereinschreibung als nicht-selbstregiertes Territorium

Am 17. Mai stimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig dafür, Französisch-Polynesien wieder auf die Liste der nicht-selbstregierten Territorien zu setzen. Frankreich hatte seine beiden Pazifikterritorien, Neukaledonien und das heutige Französisch-Polynesien, 1947 willkürlich von der Liste entfernt. Neukaledonien war bereits 1986 durch einen Mehrheitsbeschluss der Generalversammlung wieder auf die Liste gesetzt worden, und durch den jetzigen Beschluss wurde der Unrechtsakt von 1947 endlich auch für Französisch-Polynesien korrigiert. Die unter der Nummer 67/265 veröffentlichte Resolution vom 17. Mai bestätigt das unveräußerliche Recht Frz.-Polynesiens auf Selbstbestimmung als ein in der UN-Charta sowie der Resolution 1541 von 1960 definiertes nicht-selbstregiertes Territorium unter Zuständigkeit des UN-Komitees für Entkolonisierung, und fordert Frankreich dazu auf, mit dem Territorium in einen konstruktiven Dialog zu treten, um dessen Recht auf Selbstbestimmung zu implementieren.

Die Resolution markiert das erfolgreiche Ende jahrzehntelanger Lobbyarbeit des ehemaligen Präsidenten Frz.-Polynesiens Oscar Temaru, der zu der historischen Abstimmung in New York anwesend war, sowie des Senators Ri-

chard Ariihau Tuheiava (einer der beiden Vertreter Frz.-Polynesiens im frz. Senat) und zahlreicher anderer Unterstützer. Nachdem letztes Jahr die Bewegung der Blockfreien Staaten, der die Mehrheit der UN-Mitglieder angehört, ihre Unterstützung zugesagt hatte, brachten im Februar die Salomonen, Tuvalu und Nauru gemeinsam eine Resolution zur Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens in die UN-Generalversammlung ein, die nach weiteren Diskussionen im März leicht revidiert wurde. Frankreich versuchte durch massives Gegenlobbying die Abstimmung immer weiter hinauszuzögern, so dass, für die übliche Verfahrensweise der UN-Generalversammlung höchst ungewöhnlich, zahlreiche später eingebrachte Resolutionsvorlagen in den Monaten März und April beschlossen wurden, während die Vorlage zu Frz.-Polynesien links liegen blieb. Frankreich plädierte insbesondere dafür, die Abstimmung auf die Zeit nach den Wahlen zur Landesversammlung Ende April und Anfang Mai zu verschieben, und erzielte damit einen Teilerfolg, konnte aber die Annahme der Resolution, an deren ursprüngliche Sponsoren sich drei weitere Pazifikstaaten, Samoa, Vanuatu und Timor-Leste, anschlossen, am Ende nicht verhindern.

Anders als im Präzedenzfall von Neukaledonien 1986 oder den rezenten Resolutionen zu Israel/Palästina und Syrien kam es über die Frage Frz.-Polynesiens zu keiner KampfAbstimmung, sondern die Resolution wurde einstimmig ohne Abstimmung angenommen. Frankreich allerdings boykottierte die Abstimmung, und vier weitere UN-Mitgliedsstaaten (Großbritannien, die USA, die Niederlande und Deutschland) distanzieren sich vom Konsens. Mexiko drückte ebenfalls seine Unzufriedenheit mit der Abstimmung aus. Die vom Konsens abweichenden Staaten erklärten ihre Haltung mit dem Hinweis auf das Ergebnis der Wahlen zur Landesversammlung, bei denen

pro-französische Parteien die Mehrheit gewonnen hatten, sowie insbesondere einer Resolution der neugewählten Landesversammlung, in der die UN gebeten wird, den Prozess der Wiedereinschreibung zu stoppen. Diese ablehnende Haltung der pro-französischen Lokalpolitiker, ebenso wie die der pro-französischen UN-Mitgliedsstaaten, ist aber bei genauem Hinsehen eher absurd, denn die Wiedereinschreibung führt nicht zu einer einseitigen Unabhängigkeit gegen den Willen der Bevölkerung des Landes, sondern ganz im Gegenteil garantiert sie das Recht der Bürger des Landes auf Selbstbestimmung und schützt dieses gegen eventuelle Willkürentscheidungen Frankreichs, wie sie in der Vergangenheit leider allzu häufig getroffen wurden.

Die Unterstützer der UN-Resolution zeigten sich sehr enttäuscht über die Haltung der französischen Regierung, denn die in Paris regierende sozialistische Partei ist offiziell in einem Partnerschaftsabkommen mit der tahitischen Unabhängigkeitspartei „Tavini Huiraatira“ von Oscar Temaru und hatte sich bei Unterzeichnung des Abkommens im Jahre 2004 dafür ausgesprochen, das Recht des Territoriums auf Selbstbestimmung im Rahmen der UN anzuerkennen. Dass Präsident François Hollande sozialistische Regierung, und insbesondere deren UN-Botschafter Gérard Araud, das damals gegebene Wort brachen und sich statt dessen in alter kolonialistischer Manier gegen das Recht des Territoriums auf Selbstbestimmung positionierten, hat Temaru und andere Befürworter der Unabhängigkeit des Landes bitter enttäuscht.

Ebenso wie Paris lehnt die neue pro-französische Landesregierung unter Präsident Flosse die Resolution entschieden ab, und möchte das Land so schnell wie möglich wieder von der Liste entfernen lassen. Zu diesem Zweck verabschiedete die Landesver-

sammlung mit den Stimmen der Tahoeraa und der pro-französischen *A Tia Porinetia* am 30. Mai eine Resolution, in der Frankreich aufgefordert wird, umgehend ein Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten. Temarus oppositionelle UPLD dagegen enthielt sich ihrer Stimmen, da sie der Meinung sind, der Prozess der Selbstbestimmung des Territoriums könne nicht überstürzt werden, sondern müsse im Dialog zwischen allen Parteien des Landes, der französischen Regierung und den Vereinten Nationen erarbeitet werden, ähnlich wie dies seit dem Nouméa-Abkommen von 1998 für Neukaledonien der Fall ist. Während des Ende Mai in Quito (Ecuador) stattfindenden diesjährigen Seminars des UN-Entkolonisierungskomitees (zu dem Frz.-Polynesien als offiziell anerkanntes Nicht-Selbstregiertes Territorium jetzt Zugang hat) wies Senator Tuheiava insbesondere darauf hin, dass vor einem Plebiszit auf jeden Fall das lokale Wahlrecht geändert werden müsste, denn bisher kann jeder französische Staatsbürger, der sich seit sechs Monaten im Land aufhält, an lokalen Wahlen teilnehmen. Tuheiava meinte, die Teilnahme an einem Plebiszit über die Unabhängigkeit müsse wie in Neukaledonien auf Personen, die seit mehreren Jahrzehnten im Lande ansässig sind, beschränkt werden, andernfalls könne vom Selbstbestimmungsrecht des Territoriums keine Rede sein. Der Senator brachte zu diesem Zweck eine Gesetzesvorlage in den französischen Senat ein.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Website der Vereinten Nationen www.un.org, *Tahiti Infos*, eigene Recherchen)

„Parlament“ gewinnt Anerkennung im Pazifik

Rapa Nui: Das „Rapanui-Parlament“, das den für die Entkolonisierung eintretenden Teil der Bevölkerung von Rapa Nui vertritt (mutmaßlich eine knappe Mehrheit der Einheimischen), ist

von mehreren unabhängigen Pazifikstaaten sowie den Parlamenten aller polynesischen Staaten und Territorien als offizielle Vertretung der Insel anerkannt worden.

Im August 2012 war eine Delegation des Rapanui-Parlamentes nach Rarotonga (Cook-Inseln) gereist, um als informelle Beobachter am zweiten Gipfeltreffen der *Polynesian Leaders Group* (einer 2011 gegründeten polynesischen Regionalgruppe innerhalb des Pacific Islands Forum, analog zur Melanesian Spearhead Group) teilzunehmen. Die Bitte der Rapanui-Delegation um Unterstützung des Rechts der Insel Rapa Nui auf Selbstbestimmung wurde ins Schlusskommunique des Gipfeltreffens aufgenommen, und weitere Diskussionen über eine mögliche formelle Mitgliedschaft Rapa Nuis in der *Polynesian Leaders Group* sind für das dritte Gipfeltreffen im Sommer diesen Jahres geplant.

Anfang März diesen Jahres schließlich nahmen Leviante Araki, der Präsident des Parlaments, sowie Erity Teave, die Sprecherin des Parlaments für internationale Angelegenheiten, am Gründungstreffen der *Polynesian Parliamentary Group* in Papeete (Frz.-Polynesien) teil, von der das Rapanui-Parlament als das legitime Parlament der Insel, gleichwertig den nationalen Parlamenten von Samoa, Tonga, der Cook-Inseln etc., sowie der Landesversammlung Frz.-Polynesiens, anerkannt wurde. Araki und Teave nutzten die Gelegenheit und insbesondere das Interesse der Lokalmedien in Tahiti, um auf die nach wie vor angespannte politische Situation in Rapa Nui hinzuweisen und den Rest des Pazifiks um Solidarität mit den Rapanui gegen die andauernde koloniale Willkür des chilenischen Staates zu bitten.

Die Anerkennung des Rapanui-Parlamentes (das von Chile lediglich als eine politische Oppositionsgruppe betrachtet wird) als legitime Volksvertretung der Rapanui markiert einen wichtigen

Schritt auf dem Weg zur Entkolonisierung der Insel und stellt eine erste Etappe in Richtung der angestrebten Einschreibung auf die Liste der nicht-selbstregierten Territorien der UN nach dem Vorbild des rezenten UN-Votums zu Französisch-Polynesien dar. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: *Tahiti-Infos*, *Tahiti Nui Télévision*, eigene Recherchen)

HAWAI'I

[Anmerkung der Redaktion: Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor aus Honolulu, Hawai'i.]

Umstrittene Körperschaft zur Entwicklung öffentlicher Ländereien abgeschafft

Am 15. April stimmte das Parlament des US-Bundesstaates Hawai'i mehrheitlich dafür, die vor knapp zwei Jahren geschaffene so genannte *Public Lands Developing Corporation* wieder abzuschaffen. Am 22. April wurde das Gesetz zur Auflösung der Körperschaft von Gouverneur Neil Abercrombie unterzeichnet.

Die Körperschaft war Mitte 2011 vom Parlament geschaffen worden, um die von der Regierung des Bundesstaates kontrollierten öffentlichen Ländereien effizienter wirtschaftlich zu nutzen. Geplant war, dass die Körperschaft zu diesem Zweck direkte Partnerschaft mit privaten Unternehmen eingeht, und damit die üblichen langwierigen bürokratischen Genehmigungsprozesse umgangen werden können. Allerdings wurde bislang keiner der geplanten Deals ausgeführt. Stattdessen kam es zu zahlreichen Protesten von Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften und hawaiischen Unabhängigkeitsaktivisten, die eine Aushebelung von Umwelt- und Arbeitsschutzgesetzen sowie einen faktischen Ausverkauf öffentlicher Ländereien an private Unternehmen befürchteten. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass das öffentliche Land

Hawai'i ist eigentlich das Kron- und Regierungsland des Hawaiischen Königreichs ist, und die Kontrolle des Bundesstaats über diese Ländereien daher höchst kontrovers ist.

Die Repräsentanten und Senatoren des Staatsparlaments zeigten sich nach langen Debatten schließlich einsichtig und lösten die Korporation ersatzlos auf. Das öffentliche Land wird nun wieder wie bisher direkt vom Ministerium für Land und Naturressourcen (Department of Land and Natural Resources) verwaltet. (*Pacific Business News; Honolulu Star-Advertiser*)

Selbsternannter König präsentiert neues Währungsprojekt für Polynesien

Am 20. April präsentierte Aleka Aipoalani, selbsternannter König des 2007 auf der Insel Kaua'i gegründeten „Polynesischen Königreichs Atooi“, in einer Pressekonferenz im Rahmen des jährlichen Permanenten Forums für Indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen in New York eine geplante neue Währung für Polynesien. Aipoalani hatte 2010 mit Vertretern anderer selbsternannter „Königreiche“ in Hawai'i, Neuseeland, Rapa Nui und anderen polynesischen Inseln eine pazifische Konföderation unter dem Namen „Te Alepha Te Moana Nui a Kiwa“ gegründet, der er als „Hauptkönig Polynesiens“ vorsteht. Anfang dieses Jahres beauftragte Aipoalani die amerikanische Firma „Sovereign Economics“ Münzen mit seinem Konterfei zu prägen. „Sovereign Economics“ prägt Münzen für zahlreiche selbsternannte Regierungen und Unabhängigkeitsbewegungen, die versuchen, sich vom dominanten Weltwährungssystem abzukoppeln und ihre eigene auf Metallwert basierende Währung zu schaffen, so zum Beispiel mehrere Indianernationen in Nordamerika.

Für das „Königreich Atooi“ prägte die Firma eine Goldmünze im

Wert von 500 Kālā, eine Silbermünze im Wert von 50 Kālā und eine Kupfermünze im Wert von 2 Kālā. Aipoalanis Organisation hofft, mit diesen Münzen eine unabhängige Währung zu etablieren, die für den Handel zwischen den Inselstaaten Polynesiens benutzt werden könnte. Die Bezeichnung Kālā bezieht sich auf die historische Währung des hawaiischen Königreichs im 19. Jahrhundert, die in Anlehnung an den amerikanischen Dollar hawaiianisiert als Dālā oder Kālā bezeichnet wurde.

Während die Grundidee des Projekts lobenswert ist, erscheint es eher zweifelhaft, dass die von Aipoalani herausgegebenen Münzen jemals in Umlauf gesetzt werden. Viele unabhängige Pazifikstaaten haben bereits ihre eigene Währung, und selbst unter den Unabhängigkeitsbefürwortern in Hawai'i werden Aipoalanis Münzen höchstwahrscheinlich nicht als Währung zirkulieren, zumal Aipoalani innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung aufgrund seines exzentrischen Auftretens nur marginalen Einfluss hat. Stattdessen könnten aber die Münzen, die im Internet bestellbar sind, durch Verkauf an Sammler zu einer lukrativen Einnahmequelle für Aipoalanis Organisation werden, wie die Erfahrung mehrerer unabhängiger Pazifikstaaten zeigt, z. B. Niue, Palau oder Nauru, die durch den Verkauf von Pseudo-Münzen (d.h. ausschliesslich für den Sammlermarkt hergestellten Prägungen) beachtliche Einnahmen erhalten.

(*Website der Vereinten Nationen www.un.org, eigene Recherchen*)

Internationaler Strafgerichtshof akzeptiert Beschwerde

Am 4. März hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag in einem Brief an den hawaiischen Anwalt Dexter Kaiama indirekt bestätigt, dass der von den USA besetzte Inselstaat unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fällt. Im Dezember letzten Jahres

hatte der Politikwissenschaftler Keanu Sai als kommissarisch handelnder Vertreter der Regierung des Hawaiischen Königreichs (einer Art ad-hoc Exilregierung) im Generalsekretariat der UN in New York eine Beitrittserklärung zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshof eingereicht, und im Januar hatte das Schweizer Außenministerium in Bern eine Beitrittserklärung Hawai'i zur Vierten Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten entgegengenommen.

Kaiama vertritt mehrere Klienten, die davon bedroht sind, aufgrund der Anwendung amerikanischen statt hawaiischen Immobilienrechts ihre Häuser und Grundstücke zu verlieren. Dies ist nach Sais und Kaiamas Analyse völkerrechtswidrig, da Hawai'i niemals von den USA legal annektiert wurde. Die Tatsache, dass amerikanische Gerichte sich weigern, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen und damit Kaiamas Klienten einen fairen Prozess verweigern, stellt somit ein in der Genfer Konvention definiertes Kriegsverbrechen dar. Kaiama legte am 14. Februar eine entsprechende Rechtsbeschwerde ein. Da es seit Beginn der US-Besatzung des Archipels keine legitimen hawaiischen Gerichte mehr gibt, leitete Kaiama die Beschwerde an den Internationalen Strafgerichtshof weiter, der aufgrund des Römischen Statuts befugt ist, gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher zu ermitteln, falls die zuständige nationale Justiz unfähig ist, selbst solche Ermittlungen einzuleiten.

In dem Antwortschreiben an Kaiama bestätigte der Gerichtshof den Eingang der Rechtsbeschwerde und kündigte an, diese im Rahmen des Römischen Statuts prüfen und weiterbearbeiten zu lassen. Dies klingt auf Anhieb nach einer reinen Formalität und sagt noch nichts über die Substanz der Anfrage aus. Allerdings schreibt der Gerichtshof in ähnlichen Fällen umgehend eine begründete Absage, falls eine An-

frage nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fällt, zum Beispiel wenn eine Rechtsbeschwerde aus einem Staat kommt, der dem Römischen Statut nicht beigetreten ist. Die Tatsache, dass Kaia-mas Anfrage keine solche Ablehnung erhalten hat, lässt darauf schließen, das sich der Gerichtshof tatsächlich für Hawai'i zuständig befindet. (*Hawaiian Kingdom Blog* http://hawaiiankingdom.org/blog_eigene_Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Gesetz zur „Homo-Ehe“ verabschiedet

Mit 77 zu 44 hat das neuseeländische Parlament Mitte April ein Gesetz zur eherechtlichen Gleichstellung homosexueller Paare verabschiedet. Der Zusatzartikel zum Ehegesetz aus dem Jahr 1995 erlaubt ab dem 19. August 2013 die zivile Eheschließung gleichgeschlechtlicher Partner. Bislang habe das Gesetz Homosexuelle als "weniger gleiche Bürger" diskriminiert, sagte die lesbische Labour-Abgeordnete und Initiatorin der Reform, Louisa Wall, nach der Abstimmung. Der Gesetzesvorschlag war von der oppositionellen Labour-Partei eingebracht worden. Die Abgeordneten konnten ohne Parteivorgaben frei nach ihrem Gewissen entscheiden.

Das Besondere an dem „Marriage Amendment Bill“: Banal ausgedrückt, kann ab sofort jeder jeden heiraten, unabhängig vom biologischen und/oder sozialen Geschlecht sowie der sexuellen Neigung (schwul, lesbisch, transsexuell, bisexuell,...). Im Gesetzestext wird deshalb ausdrücklich das neutrale Wort „Person“ verwendet, die Begriffe Mann und Frau fallen nicht mehr. Weitere Besonderheit: Die zivil geschlossene Ehe bedarf keiner Erlaubnis durch kirchliche Vertreter und bedarf zur vollen juristischen Anerkennung auch keiner religiösen Zeremonie. Das „Marriage Amendment Bill“ kann Kirchen-

vertreter nicht zur Durchführung einer kirchlichen Trauung von „Personen“ zwingen, erläuterte ein Parlamentssprecher.

Die katholische Kirche lief Sturm gegen das Votum des Parlaments. Erzbischof John Dew sprach von einer „bizarren Entscheidung“. Die katholische Kirche wird nach eigenen Angaben weiterhin nur gegengeschlechtliche Paare trauen.

(*Flash d'Océanie* 17.04.13, *dpa* 17.04.13, http://www.parliament.nz/en-NZ/PB/Legislation/Bills/2/c/4/00DBHOH_BILL11528_1-Marriage-Definition-of-Marriage-Amendment-Bill.htm, http://en.wikipedia.org/wiki/Same-sex_marriage_in_New_Zealand)

Shell plant Tiefsee-Erkundung

Der neuseeländische Zweig des internationalen Mineralölkonzerns Shell plant die Erkundung von Rohstofflagerstätten im so genannten „Bassin von Neukaledonien“ nördlich der neuseeländischen Nordinsel. Shell will in Kooperation mit der halbstaatlichen chinesischen Firma *China National Offshore Oil Corporation* in der Tiefsee die möglichen Lagerstätten von Öl und Gas erkunden. Dazu sollen Sonargeräte in der Tiefsee eingesetzt werden. Vor dem Einsatz der Technologie werde Shell New Zealand jedoch eine Umweltstudie an besagter Stelle innerhalb der neuseeländischen exklusiven ökonomischen Zone durchführen, gab der Präsident von Shell NZ, Rob Jager, Anfang Mai des Jahres bekannt. (*Flash d'Océanie* 08.05.13, <http://www.shell.co.nz/>)

† Ralph Hotere

Einer der bekanntesten zeitgenössischen Maori-Künstler ist tot: Hone Papita Raukura „Ralph“ Hotere starb am 24. Februar 2013 in Dunedin/Otago im Alter von 81 Jahren.

Hotere wurde am 11. August 1931 in Mitimiti, einer kleinen Siedlung an der Westküste in

Northland, als Angehöriger des Iwi „Te Aupouri“ geboren. Er studierte an der „School of Art“ des „King Edward Technical College“ in Dunedin, später dann in England und Frankreich. Von 1961 bis 1964 reiste er quer durch Europa. 1965 kehrte er nach Neuseeland zurück. Hier malte er die weltweit bekannten „Black paintings“ (rein schwarze Bilder) und arbeitete als Bildhauer mit Eisen und Stahl. Hotere bezog in seinen Werken auch politische Stellung und engagierte sich mit seiner Kunst z.B. in der Protestbewegung gegen eine Aluminiumfabrik in den Wetlands bei Aramoana oder auch bei den Demonstrationen gegen die Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior“ im Hafen von Auckland.

Für sein künstlerisches Schaffen erhielt der Maori zahlreiche Auszeichnungen, darunter im Dezember 2011 den höchsten Orden Neuseelands, den „Member of the Order of New Zealand“. (*Newsletter* 360 Grad Neuseeland 21.03.13, <http://www.aucklandartgallery.com/Wikipedia>)

Zweigstelle auf Niue eröffnet

Die neuseeländische „Kiwibank“ hat Anfang Mai eine Zweigstelle auf der Insel Niue eröffnet. Die Koralleninsel östlich von Tonga ist seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbunden. Die Kiwibank springt für die neuguineische „Bank South Pacific“ in die Bresche, die in den letzten neun Jahren die Bankgeschäfte der rund 1.500 Bewohner getätigt hat und ihre Filiale im April geschlossen hatte.

Bruce Thompson, ein Sprecher der Kiwibank, erklärte, die Regierung von Niue habe eigens die „Niue Commercial Enterprises“ (NCE) gegründet, die die Bankgeschäfte führen soll. Im ersten Jahr wird die Kiwibank von einem neuseeländischen Banker unterstützt, dann soll NCE die Geschäftsführung übernehmen. Bereits jetzt hätte die Filiale 1.000

Kunden auf Niue, erklärte Thompson. Er rechne jedoch zukünftig mit 1.200 Kunden, also nahezu mit der Gesamtbevölkerung der Insel. Die Bank wird eine Reihe von Services anbieten, allerdings weder das Scheckgeschäft noch die Wertanlage, sagte Thompson. (*Radio NZ Intern.* 22.04.13, <http://www.kiwibank.co.nz/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Bergbauunglücke in Freeport: Mine geschlossen

Westpapua: Bei einem Grubenunglück in der Freeport Gold- und Kupfermine nahe der Stadt Timika sind am 14. Mai 38 Bergarbeiter in einem Tunnel verschüttet worden. Zehn Arbeiter konnten lebend von den rund 200 Helfern aus dem Schutt geborgen werden, 28 Menschen starben. Der Tunnel lag außerhalb der eigentlichen Grasberg-Mine in einem Trainingsgelände für die Bergarbeiter. Die 38 Angestellten waren zynischerweise Teilnehmer eines Kurses zum Thema „Verhalten und Sicherheit unter Tage“.

Bereits vor dem tödlichen Unfall war es in den letzten Monaten zu häufigen Protesten einheimischer Minenarbeiter gegen die mangelhafte Sicherheitspolitik des US-amerikanischen Minenbetreibers Freeport-McMoRan gekommen. Im Jahr 2011 war die größte Goldmine der Welt sogar drei Monate lang bestreikt worden. Rund 18.000 der 24.000 Arbeiter in der Grasberg-Mine sind gewerkschaftlich organisiert.

Die Direktion der Tagebau-Mine ordnete einen Tag Trauer an und ließ den Minenbetrieb für eine Woche ruhen. Sie übernahm auch die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der angereisten Familien des Berg-

bauunglücks.

Kurz nach Wiederaufnahme des Tagebaubetriebs stürzte am 31. Mai eine Wand in einem Tunnel ein und tötete einen Arbeiter. Nach den heftigen Protesten der Arbeiterschaft wegen des erneuten tödlichen Unfalls ordnete das indonesische Bergbauministerium Anfang Juni einen mindestens zweimonatigen Stopp aller Abbauaktivitäten auf Grasberg für mindestens drei Monate an, um die Unfälle zu untersuchen und geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

Derzeit fördert Grasberg an normalen Tagen rund 14.000 Tonnen Kupfererz im Tagebau und weitere 80.000 Tonnen aus dem Bergwerk. (*Radio NZ Intern.* 21.05.13, *Radio Australia* 22.05.13, *Goldinvest.de* 05.06.13)

Erste papuanische Professorin

Westpapua: Yohana Susana Yembise ist die erste ordentliche Professorin aus Westpapua mit einer Vollzeitstelle an der *Cenderawasih University* in Jayapura.

Frau Yembise wurde bereits im November letzten Jahres als Inhaberin des Lehrstuhls für „Erstellung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterial“ an den Erziehungswissenschaftlichen Lehrstuhl der renommierten indonesischen Universität berufen.

Yembise promovierte 2006 an der *University of Newcastle* in Australien und wurde 2012 habilitiert. Sie forschte zum Englischunterricht für papuanische Schulkinder. In ihrer Antrittsvorlesung sprach Prof. Dr. Yembise über „*English Education in Papua: Ongoing socio-cultural issues, groundbreaking solutions towards a new Papua*“.

Yembise ist die erste papuanische Frau mit einem Professorentitel und erst die vierte Person aus Westpapua (nach Frans Wanggai, Balthazar Kambuaya

und Karel Sesa), die diese höchste akademische Weihe empfing.

In einem Interview mit der Tageszeitung *The Jakarta Post* sprach Yemise über den steinigen Weg als Frau in Westpapua und ihr großes Ziel, trotz der vielen Schwierigkeiten eine erfolgreiche akademische Karriere zu machen. (*The Jakarta Post* 26.04.13, <http://australiaawardsindo.or.id/index.php/en/other/news/210-yohana-susana-yembise>)

Timor-Leste im Jahr nach der Wahl

Timor-Leste: Bei einem Heimatbesuch von Peter Badge, dem Honorarkonsul der demokratischen Republik Timor-Leste, in Berlin, kritisierte dieser gegenüber dem amtierenden Präsidenten Taur Matan Ruak die schwerfällige Bürokratie Timor-Lestes. Er habe zwei sehr wichtige Investoren gewinnen können, die großes Interesse daran gezeigt hätten, Investitionen in Timor-Leste zu tätigen. Zehn Monate nachdem sie ihr Interesse bekundet hätten, hätten sie immer noch auf eine Antwort warten müssen. Das könne dazu führen, dass sie ihr Interesse verlieren würden. Taur Matan Ruak bedauerte dies und räumte ein, dass er die Regierung darin bestärken würde, Maßnahmen für ein besseres Investitionsklima zu ergreifen.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, mit was für strukturellen Problemen Osttimor im Jahr eins nach den erfolgreich abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu kämpfen hat.

Im *Asia Report No 246* vom 8. Mai 2013 empfiehlt die *International Crisis Group* der osttimoresischen Regierung:

1) Einen nachhaltigen Ansatz im Bezug auf Regierungs-Ausgaben, insbesondere bessere Qualitätskontrollen für Infrastruktur-Projekte, Weiterbildung osttimoresischer Arbeiter durch ausländische Firmen sowie Einsparung der Zahlungen an Veteranen des

Widerstandes mit dem Ziel, die soziale Absicherungsstrategie auszubalancieren.

2) Den Verteidigungs- und Sicherheitsminister mit mehr Verantwortung auszustatten und das Ministerium zu stärken, um längerfristig kriminalpolizeiliche Untersuchungen zu optimieren und darüber hinaus die Kompetenzbereiche von Polizei und Militär klar zu definieren, sowie sicherzustellen, dass die Polizei im innerstaatlichen Recht Vorrang hat.

3) Eine einheitliche Regierungsstrategie gegenüber Individuen und Gemeinden, die aufgrund von staatlichen Entwicklungsmaßnahmen umgesiedelt werden müssen und darüber hinaus eine einheitliche Regelung für Kompensationszahlungen dieser Gruppen.

4) Sowohl das Parlament als auch die Zivilgesellschaft sollen einen gemeinsamen Konsens für eine Strategie erarbeiten, die die lokalen Realitäten mit einbezieht und zu einer stärkeren Legitimierung sowie zum Rückgang von Verzögerungen im Entscheidungsfindungsprozess führen. Somit sollen solche Situationen vermieden werden, dass potentielle Investitionen monatelang auf Antwort warten müssen.

Zurzeit werden 95% des Staatshaushaltes durch die Einnahmen aus dem Petroleum-Fonds getilgt. Die Einnahmen aus dem Petroleum-Fonds haben die kleine Nation aus der politischen Krise von 2006 geführt. Nach dem Abzug der Vereinten Nationen und den erfolgreich abgehaltenen Wahlen im Jahre 2012 ist es nun aber von Nöten, dass Timor-Leste sich seinen Problemen stellt und seine Wirtschaft nicht mehr wie bisher auf Sand, sondern auf Fels baut.

(Artikel von Sara Czinczoll, <https://www.facebook.com/DeutscheOsttimorGesellschaft/posts/672714659410751>; <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-east-asia/timor-leste/246-timor-leste-stability-at-what-cost>; DOTG Newsletter Nr. 2/2012)

Internetprojekt zu Osttimor ausgezeichnet

Markt Schwaben: Der Markt Schwabener Jan-Patrick Fischer hat am 25. Mai im Palais der Kulturbrauerei in Berlin den „Zedler-Preis für freies Wissen“ erhalten. Der nach Johann Heinrich Zedler benannte Preis wurde zum zweiten Mal nach 2010 in drei Kategorien von dem Verein „Wikimedia Deutschland“ vergeben und würdigt Projekte, Personen und Gruppen, die sich im letzten Jahr besonders für freies Wissen engagiert haben. „Freies Wissen“ bedeutet, dass Werke frei zugänglich sind und von allen Menschen zu jedem beliebigen Zweck verwendet, kopiert und/oder modifiziert werden können.

Fischer erhielt die Auszeichnung in der Kategorie „Community-Projekt“ für sein *WikiProjekt Osttimor*. Bei dem Projekt wird Wissen über den kleinen Inselstaat zusammengetragen, ergänzt, korrigiert und veröffentlicht. Jeder Nutzer kann an der Seite mitarbeiten und seine Kenntnisse über Osttimor einbringen.

(http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WikiProjekt_Osttimor,
<http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Zedler-Preis>)

AUSTRALIEN

Regierung entschuldigt sich für Zwangsadoptionen

Die australische Premierministerin Julia Gillard hat Mitte März im Parlament eine Erklärung verlesen, in der sich die Regierung für die Adoptionspraxis in den Jahren 1951 bis 1975 entschuldigt. In diesem Zeitraum wurden rund 300.000 ledige und/oder minderjährige Mütter gezwungen, ihre Kinder verheirateten kinderlosen Paaren zur Adoption zu übergeben. Die Adoption wurde als alternativlos hingestellt und den ledigen Müttern wurde meist schon im Krankenhaus der Säugling weggenommen und an kinderlose Paare vermittelt. Konnte kein Paar gefunden werden, kamen die Säuglinge in Heime. Viele Australier waren damals der Meinung, unverheiratete Mütter könnten ihre Kinder „nicht richtig“ aufziehen. Insgesamt wurden auf diese Weise 255.000 Kinder ihren Müttern entrisen.

Die in Adoptionsfamilien und Heimen groß gewordenen Kinder bezeichnen die Australier als „gestohlene Generation“ (*stolen generation*). Dieser Ausdruck gilt auch für Kinder der Aborigines, die im gleichen Zeitraum ihren Familien weggenommen und in staatliche oder kirchliche Erziehungsheime gegeben worden waren. Von dieser Praxis waren vor allem gemischtfarbige Kinder betroffen. Einige gemischtfarbige Kinder wurden von weißen Familien adoptiert und sollten dort zu Weißen „erzogen werden“.

Gillard verlas die historische Entschuldigung im Beisein von 800 betroffenen Müttern und Angehörigen der „gestohlenen Kinder“ im Parlament. Sie sagte, man sei beschämt über die Adoptionspraxis der Vergangenheit, die das fundamentale Recht einer Mutter auf ihr Kind missachtet habe. Der Status als Mutter sei mit Füßen getreten worden. Die Premiermi-

nisterin entschuldigte sich auch besonders bei den adoptierten Kindern, die in ihren Pflegefamilien Gewalt und sexuellen Übergriffen ausgesetzt waren.

Die Regierung hat einen Hilfsfonds in Höhe von fünf Millionen AUS-Dollar (4 Mio. Euro) eingerichtet. Mit diesen Geldern soll den betroffenen Kindern und Müttern psychologische Hilfe geleistet werden. Außerdem sollen damit Nachforschungen nach leiblichen Verwandten der Kinder finanziert werden. Bei einigen Kindern wurde in den Geburtsurkunden nämlich nicht der Name der leiblichen Mutter eingetragen, sondern die Namen der Adoptiv-Eltern.

Mit weiteren 1,5 AUS-Dollar soll eine Ausstellung über das Leid adoptierter Kinder erstellt werden. Die Aufbereitung dieses dunklen Kapitels der australischen Vergangenheit soll das australische Nationalarchiv übernehmen. (*Flash d'Océanie, BBC News, The Guardian 21.03.13*)

Unterstützung des SPC

Die australische staatliche Entwicklungshilfeorganisation AusAid wird das *Secretariat of the Pacific Community* (SPC) in diesem Jahr mit 18 Millionen AUS-Dollar (ca. 14,5 Mio. Euro) unterstützen. Das vereinbarte bereits im April Rob Tranter, Vize-Direktor von AusAid, und Jimmie Rodgers, Geschäftsführer des SPC. Der große Teil der finanziellen Unterstützung (13,5 Millionen AUS-\$) dient allgemeinen Zwecken. Mit 2,5 Mio. \$ soll der Transport- und Energiesektor ausgebaut werden. Mit weiteren zwei Millionen Dollar soll das SPC einer externen Evaluation unterzogen werden.

Info: Das *Secretariat of the Pacific Community* ist eine zwischenstaatliche regionale Organisation im Pazifik. Sie dient dem Zweck der Verbesserung der technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten

und ihrer Partner. Das SPC wurde bereits 1947 als *South Pacific Commission* gegründet. Heute hat die Organisation ihren Sitz in Nouméa (Neukaledonien). Geschäftsführender Direktor der SPC ist seit 2006 der von den Salomonen stammende Jimmie Rodgers. (<http://www.spc.int/>, *Flash d'Océanie 10.04.13*)

Repatriierung sterblicher Überreste

Im Beisein des australischen Parlamentssekretärs für Kunst, Michael Danby, hat die Berliner Charité am 26. April Vertretern australischer Ureinwohnergemeinschaften die sterblichen Überreste von 33 Ahnen ausgehändigt. Es ist die erste Rücküberführung aus Deutschland an Aborigines und Torres-Strait-Insulaner. Der Rückgabe waren fünfjährige Verhandlungen vorausgegangen. Als erste wissenschaftliche Einrichtung Deutschlands hatte die Charité im November 2008 eine Vereinbarung mit Australien unterzeichnet, wonach die Gebeine „für eine würdevolle Bestattung“ zurückgegeben werden sollen.

Der australische Kultusminister Tony Burke nannte diesen Tag einen Höhepunkt in der Zusammenarbeit zwischen uraustralischen Gemeinschaften, der australischen Regierung und der Berliner Charité. Die australische Regierung unterstützt mit dem "Repatriation Program" Ureinwohner dabei, mit ausländischen Institutionen in Verhandlung zu treten und Rückführungen zu organisieren. Das Programm soll die indigenen Gesellschaften unterstützen und einen Beitrag zur Bewahrung ihrer Kultur darstellen. „Wir respektieren und unterstützen das Anliegen der indigenen Gesellschaften Australiens, die Schädel ihrer Vorfahren gemäß ihrer religiösen Vorstellungen auf ihrem angestammten Territorium zu bestatten“, so Professor Karl Max Einhäupl, Vorstandsvorsitzender der Charité,

bei der öffentlichen Zeremonie in Berlin.

Sechs Repräsentanten der Aborigines- und Torres-Strait-Gemeinschaften haben die Überreste in der Charité abgeholt und nach Australien gebracht. Dort werden sie im Australian Museum, im Queensland Museum, im South Australian Museum und im Western Museum verwahrt und untersucht, anschließend werden sie an die Aborigines und die Torres-Strait-Insulaner zurückgegeben.

Info: Insgesamt handelt es sich um Schädel und Skeletteile von 33 Personen. Die Gebeine kamen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nach Deutschland und wurden in verschiedenen Berliner Sammlungen aufbewahrt. Teilweise gelangten diese erst nach 1990 an die Charité. Die Herkunftsorte und die Umstände, unter denen sie nach Deutschland kamen, konnten nicht immer abschließend geklärt werden. Beispielsweise erhielten deutsche Forschungsreisende einige Schädel aus den Sammlungen von Forschern vor Ort, deren Quellen nicht immer nachvollziehbar waren. Teilweise gab es auch Handel mit der indigenen Bevölkerung und auch Grabraub. Im Interesse der Forscher standen seinerzeit meist anthropologische Studien und Untersuchungen.

Seit 2010 arbeitet die Charité im DFG-geförderten „Human Remains“ Project unter der Leitung von Privatdozent Dr. Andreas Winkelmann, Lehrkoordinator der Anatomie, und Prof. Thomas Schnalke, Direktor des Medizinhistorischen Museums der Charité, an der Geschichte ihrer Schädel- und Skelettsammlungen.

(www.ifa.de 01.05.13, http://www.charite.de/charite/presse/pressemitteilung-artikel/detail/charite_gibt_gebeine_an_indigene_gemeinschaften_australiens_zurueck/, <http://ministers.regional.gov.au/honourable-tony-burke-mp/media-releases/2013/australian-ancestral-remains-return-home-germany>)

Mehr Geld für Fidschi

Für die Jahre 2013 bis 2014 hat die australische Regierung der fidschianischen Regierung Entwicklungshilfegelder in Höhe von 58,2 Millionen AUS-Dollar (105,5 Millionen FJ-Dollar) zugesagt. Das entspricht einer 18%-igen Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe im Vergleich zu den Vorjahresförderungen. Die australischen AUSAid-Gelder sollen vor allem in Projekte zur Bekämpfung der Armut, in Bildung und Gesundheit investiert werden, erklärte der fidschianische Finanzminister Filimone Waqabaca.

Joanne Choe, die australische Beraterin für die fidschianische Entwicklungshilfe, erklärte, man sei stolz, dass die australische Regierung erstmals mehr als 100 Millionen fidschianische Dollar zur Verfügung stellen könne. Damit erfülle die Regierung ein Versprechen gegenüber den Fidschianern, denen man eine Aufstockung der Finanzhilfen zugesagt hatte. Mit den zusätzlichen Geldern soll vor allem die Gesundheits- und Bildungssituation für Säuglinge und Kinder verbessert werden, erläuterte Choe. Man wolle vor allem Impfprogramme für Säuglinge fördern, um die Säuglingssterblichkeit zu senken. (*Fiji Times* 21.05.13, <http://www.aisaid.gov.au/countries/pacific/fiji/Pages/default.aspx>)

Neuer EU-Botschafter

Der Italiener Sem Fabrizi ist neuer Botschafter der Europäischen Union in Australien. Er wird sein Amt im September 2013 in der australischen Hauptstadt Canberra antreten. Fabrizi ist Nachfolger des Iren David Daly, der den Botschafterposten seit Januar 2009 innehatte. Derzeit ist Fabrizi noch Mitglied im Kabinett von Herman Van Rompuy, dem Präsidenten des Europäischen Rates. Zuvor arbeitete er als diplomatischer Berater im Büro des italienischen Premierministers. (<http://www.europeanvoice.com/article/2013/>

march/eu-names-three-new-ambassadors/76745.aspx,
<http://www.europolitics.info/appointments-heads-of-eu-delegations-art349675-32.html>)

SPORT

Boom der Berufssportler

Australien: Immer mehr Sportler aus dem Pazifik haben im Profisport eine Anstellung gefunden und tragen damit erheblich zum Wirtschaftswachstum der kleinen Inselstaaten bei. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der „James Cook University“ im australischen Townsville im Bundesstaat Queensland. Spielerscouts würden auf der Suche nach neuen Talenten in der Sportwelt vor allem in Polynesien fündig, erklärte Peter Horton, einer der Autoren der Studie *„Pacific Islanders in Global Rugby: the Changing Currents of Sports Migration“*.

Pazifikinsulaner seien vor allem im Rugby erfolgreich. So seien bereits heute über 50% aller Rugbyspieler der „Junior League“ im australischen Sydney gebürtige Pazifikinsulaner, teils bereits in der zweiten oder gar dritten Generation. Auch in Neuseeland hat über die Hälfte der Rugbystars einen pazifischen Migrationshintergrund. Allein 50 Pazifikinsulaner spielen in der amerikanischen Profiliga *National Football League* NFL. Die meisten NFL-Stars kommen aus Amerikanisch-Samoa. Dieses amerikanische Außengebiet im Pazifik mit einer Bevölkerung von nur 70.000 Menschen stellt einen Großteil der NFL-Profis.

In Japan seien vor allem Tonganer als professionelle Sumo-Ringer beschäftigt, sagte Horton weiter. Er erklärt sich die Zunahme pazifischer Profisportler mit der hohen kulturellen Bedeutung, die dem Sport vor allem bei jungen Männern in der Region Ozeanien zugesprochen wird. Erfolgreiche Sportler würden

gesellschaftlich hoch geschätzt und brächten ihren Familienverbänden und ihrem Heimatland Ruhm und Ehre. Außerdem trügen die im Ausland beschäftigten Profisportler zu einem nicht unerheblichen Teil zur Wirtschaftskraft ihrer Heimatstaaten bei. Sie würden mit den regelmäßigen Auslandsüberweisungen nicht nur ihre Familie, sondern meist auch noch lokale Organisationen und Institutionen im Heimatland unterstützen. Vor allem auch die Kirchen und kirchennahe Organisationen profitierten von den Überweisungen der Sportler.

Horton und seine Kollegen gehen davon aus, dass Profisportler monatlich bis zu 30 % ihres Gehalts in die pazifische Heimat überweisen. (*Radio Australia* 28.05.13, <http://www.stuff.co.nz/sport/8717607/Pacific-Island-talent-in-hot-demand-in-pro-sport>, <http://www.abc.net.au/news/2013-05-28/an-polynesian-men-sport/4717290>)

Mit Völkerball gegen Zivilisationskrankheiten

Tonga: Ende Mai hat die Regierung von Tonga das zweite Jahr des „Kau Mai Tonga“ benannten Sport- und Bewegungsprogramms für die Bevölkerung begonnen. Dazu organisiert die Regierung in Kooperation mit Partnern landesweite Völkerballkurse sowie einmal jährlich ein großes Völkerballturnier. Im zweiten Jahr des erfolgreichen Fitness-programms sollen vor allem Frauen und Mädchen zur Ausübung des Sports animiert werden. Ziel des staatlichen Bewegungsprojekts ist die Reduzierung so genannter nicht-übertragbarer Krankheiten (Non-Communicable Diseases, NCD) wie Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes, Übergewicht und Bluthochdruck. 60% aller jährlichen Todesfälle lassen sich auf diese Krankheiten zurück-führen, erklärte Dr. Viliami Tangi, Chefarzt am Vaiola Hospital und einer der Mitträger der Sportevents. Einer von zehn Patienten des Krankenhauses litte an einer NCD, sagte Dr.

Tangi. Volkskrankheit Nr. 1 in Tonga sei Diabetes, allein auf Tongatapu seien 4.500 Zucker- kranke registriert.

Das Kau Mai Tonga-Projekt wurde von Tonga's Premier- minister Lord Tu'ivakano im „Fa'onelua Convention Centre“ feierlich eröffnet. Er dankte der *Tonga Netball Association*, die die Völkerballkurse ausrichtet und für das Turnier verantwortlich zeichnen wird. (*Matangi Tonga* 22.05.13)

Fiji 7 gewinnt 7er-Rugby-Turnier

Hongkong: Die aus sieben Spielern bestehende fidschianische Rugby-Mannschaft „Fiji 7“ hat am 25. März das Turnier der 7er-Rugby-Mannschaften in Hongkong gewonnen. Das Team des pazifischen Inselstaates setzte sich nach einer spektakulären Aufholzeit (zur Halbzeit hatte es 0:19 gestanden) mit 26 zu 19 Punkten gegen Wales durch. 40.000 Zuschauer im So Kon Po-Stadion in der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong feierten den Sieg der Fidschianer vor Ort. In Fidschi selber fanden Autokorsi, Straßenumzüge und Party's statt.

Das 7er-Rugby-Turnier in Hongkong wird seit 38 Jahren ausgetragen. Es ist Teil einer Serie von weltweit elf Turnieren, die vom Rugby-Weltverband „International Rugby Board“ (IRB) organisiert werden. Mit dem Turniersieg hat Fidschi gute Chancen auf den Gesamtsieg. Bereits zweimal in den vergangenen Jahren (1997 und 2005) hat „Fiji 7“ die Weltmeisterschaft im 7er-Rugby, den „Rugby World Cup Sevens“, gewonnen.

Am Rande des Hongkonger Turniers wurde der fidschianische Ex-Rugbyspieler Waisale Serevi vom französischen IRB-Präsidenten Bernard Lapasset in einer feierlichen Zeremonie auf dem Stadionrasen in die „Ruhmeshalle“ der Rugby-Union auf-

genommen. Die 40.000 Besucher im Stadion ehrten den 45-jährigen Fidschianer mit „standing ovations“. Serevi ist der erste Fidschianer, der in die „Hall of fame“ der IRB aufgenommen wurde. Der ehemalige Kapitän der fidschianischen Rugby-Mannschaft war in seiner aktiven Zeit von 1990 bis 2005 wegen seines herausragenden Talentes auf dem Platz als „Zauberer“ und „Maestro“ betitelt worden. Inzwischen lebt er als Rugby-Funktionär mit seiner Frau und drei Kindern im amerikanischen Seattle.

Info: 7er-Rugby (englisch Rugby Sevens) ist eine Variante des Rugby Union aus der Familie der Rugbysportarten, und wird, im Gegensatz zur herkömmlichen Variante mit 15 Spielern, mit nur 7 Spielern gespielt. Diese Spielvariante des Rugby wird 2016 auch in das Programm der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro aufgenommen.

(*Flash d'Océanie* 25.03.13, <http://www.fijirugbyunion.com>, Wikipedia)

Alles im Zeitplan

Wallis und Futuna: Nach Angaben der Organisatoren laufen die Vorbereitungen zur Durchführung der neunten Kleinen Pazifischen Spiele („IX. Mini Pacific Games“) gemäß des Zeitplans. Die sportlichen Wettkämpfe in acht Disziplinen mit Hunderten von Sportlern finden vom 2. bis zum 12. September 2013 im französischen Überseegebiet Wallis und Futuna statt. Die französische Regierung lässt sich die Durchführung der Mini-Spiele 8,7 Millionen Euro kosten.

Aus Sorge, die Organisatoren kämen mit den örtlichen Gegebenheiten in dem kleinen französischen Überseegebiet nicht zu recht, hatten die Ausrichter der Spiele Anfang März eine Kommission unter Leitung von Andrew Minogue nach Wallis und Futuna geschickt, um vor Ort zu schauen, ob der Bau von Sportstätten und Unterkünften im Zeitplan läge. Minogue hatte Entwarnung

gegeben und berichtet, die Verantwortlichen der letzten großen Pazifischen Spiele von 2011 aus Nouméa (Neukaledonien) seien als Berater vor Ort.

Info: Die Mini-Spiele finden alle zwei Jahre statt, die „Pacific Games“, eine Art Olympischer Spiele für die Pazifikstaaten, finden alle vier Jahre statt. Die nächsten großen pazifischen Spiele sind 2015 in Papua-Neuguinea.

Wallis und Futuna ist eine zwischen Fidschi und Samoa liegende Gruppe von Inseln im südlichen Pazifik. Das Territorium umfasst die beiden Inselgruppen Wallis-Inseln (mit der Hauptinsel Uvea) und die Horn-Inseln mit den Hauptinseln Futuna und Alofi. Die Inselgruppen sind 225 Kilometer voneinander entfernt. Zwei Drittel der rund 13.500 Einwohner leben auf Wallis. Die pazifischen Mini-Spiele werden auf beiden Inselgruppen ausgetragen, auch die Unterkünfte für die Sportler und die Offiziellen sind auf beide Inselgruppen verteilt.

(*Flash d'Océanie* 06.03.13, <http://www.wf2013.wf/index.php/en/mini-games-wf2013>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Hundefleisch in Dosen?

Samoa: Die scherzhafte Bemerkung eines Ministers während einer Parlamentsdebatte zur Kontrolle der Verbreitung von Tollwut in Samoa hat einen Sturm der Empörung in samoanischen und internationalen Medien und bei Tierschutzorganisationen ausgelöst. Der stellvertretende Bildungsminister Tole'afoa Fa'afisi hatte während einer Parlaments-sitzung mit ernster Miene erklärt, er hätte die Lösung für das Problem herumstreunender bissiger Hunde, die das lebensgefährliche Tollwut-Virus auf den Menschen übertragen. Am einfachsten sei es doch, die Streuner zu töten und das Fleisch in Konservendosen in die Länder zu exportieren, in denen Hundefleisch konsumiert würde. Die nicht exportierbaren Fleischreste könne man zum Fische füttern und zur Fütterung des einheimischen Viehbestands sinnvoll nutzen, so der Minister. Die samoanische Finanzministerin Faumuina Tiatia Liuga hatte in die gleiche Kerbe geschlagen und in Richtung der Parlamentarier gesagt, Hundefleisch sei besonders wärmend und qualitativ gut.

Journalisten und Beobachter der Parlamentssitzung griffen beide Bemerkungen auf und machten daraus Titelgeschichten. Die scheinbar sensationelle Meldung schaffte es gar bis in die Welt-presse und das neuseeländische Fernsehen. Im Internet kursierte auf einer Seite für internationale Petitionen sogar eine Petition gegen den Export von Hundefleisch, die in kurzer Zeit von knapp 2.000 Internetnutzern unterzeichnet wurde.

Erst Tage später erklärte die Sprecherin der „Animal Protection Society“ (APS), Frau Seumanuula Moana Clark, es habe sich natürlich um einen Scherz gehandelt. Die Minister seien einer schönen samoanischen Sitte gefolgt, einen

Witz mit völlig ernster Mine und sachlichem Tonfall zu machen. Die Journalisten und Beobachter seien darauf hereingefallen. Nicht im Traum denke man daran, streunende Hunde zu Konservenfleisch zu verarbeiten. Clark betonte die großen Erfolge der APS bei der Bekämpfung der herrenlosen Hunde. Nachdem man im Jahr 2005 allen Hundebesitzern die kostenlose Kastration angeboten habe, gäbe es viel weniger herrenlose Hunde auf den Inseln, so die Leiterin der Tierschutzorganisation. (TV NZ 08.04.13, *Talamua* 12.04.13, <http://www.thepetitionsite.com/813/206/130/tell-samoa-dont-export-dog-meat/>)

Fluggesellschaft staffelt Preise nach Gewicht

Samoa: Die samoanische Fluggesellschaft „Air Samoa“ hat zum 1. April des Jahres ein neues Tarifs-system für internationale Flüge eingeführt: Passagiere und ihr Gepäck werden bei der Abfertigung gewogen und zahlen einen bestimmten Preis pro Kilogramm Gewicht. Je nach Flugstrecke kostet das Kilo zwischen 93 Cent und 1,06 US-Dollar. Die Fluglinie wirbt für das neue Preissystem auf ihrer Homepage mit dem Slogan „Pay only for what you weigh“ (Bezahl nur für das, was du wiegst).

Das neue Tarifs-system war bereits im November des letzten Jahres für Inlandsflüge eingeführt worden. „Air Samoa“ hatte Anfang 2012 seinen Betrieb mit Inlandsflügen aufgenommen, seit dem 1. Januar 2013 fliegt die Airline auch „international“ in die Nachbarstaaten Amerikanisch-Samoa, die Cookinseln, Niue und Tonga.

Airline-Chef Chris Langton erklärte, Air Samoa sei seines Wissens nach weltweit die erste Fluglinie, die den Preis vom Gewicht abhängig macht. Exorbitant hohe Gebühren für Übergepäck fielen nicht mehr an, sagte Langton. Er bezeichnete das neue System als „fair und zukunftsweisend“. Nicht alle Passagiere hätten das von

Fluggesellschaften als durchschnittlich errechnete Gewicht von 72 Kilogramm. Gerade in Samoa gäbe es viele übergewichtige Menschen. Ihnen verspricht Langton bequeme, überbreite Sitze im Flieger. Auch wenn „normale“ Fluggesellschaften ihre Passagieranzahl gemäß der vorhandenen Sitzplätze im Flugzeug vergeben, wüsste doch jeder, dass es beim Fliegen nicht auf die Anzahl der Passagiere, sondern rein auf das Gesamtgewicht des Fliegers ankäme, erläuterte der Geschäftsführer die Preispolitik von „Air Samoa“.

Für die Kunden scheint sich das neue System zu rechnen: Ein durchschnittlicher Samoaner mit knapp 90 Kilogramm Körpergewicht und 20 Kilo Gepäck bezahlt bei „Air Samoa“ für den Flug von Samoa nach Amerikanisch-Samoa 97 Dollar, Mitbewerber nehmen dafür 140,- US-Dollar. Besonders günstig fliegen nach diesem Modell Kinder.

Während einige Reisende das neue Preismodell als „Fat Tax“ (Steuer für Dicke) kritisierten und sich durch das öffentliche Wiegen am Checkin-Schalter diskriminiert fühlten, zeigten sich die meisten Passagiere zufrieden. Die Leiterin des samoanischen Gesundheitsamtes, Frau Palanitina Toelupe, begrüßte die Entscheidung der Airline. Es sei eine „sehr mutige Idee“ und ein guter Weg, die Menschen zum Abnehmen zu bewegen.

Laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO aus dem Jahr 2011 sind 86 % der über 15-jährigen Samoaner übergewichtig. Samoa liegt auf Platz vier einer Rangliste derjenigen Nationen mit den meisten Fettleibigen. (<http://www.samoair.ws/>, *The Guardian* 02.04.13, *Die Welt* 03.04.13)

Tongaischer Prinz geboren

Neuseeland: Die tongaische Prinzessin Sinaitakala Tu'imata-moana 'i Fanakavakilangi Faka-fanua hat am 10. Mai 2013 im

„Auckland City Hospital“ (Neuseeland) einen Sohn geboren. Prinz Taufa'ahau Manumataongo ist der Zweite in der Thronfolge nach seinem Vater, Kronprinz Tupouto'a 'Ulukalala, dem Sohn des amtierenden Königs von Tonga, Tupou VI. Kronprinz Tupouto'a und Prinzessin Sinaitakala hatten im Juli vergangenen Jahres in Tonga geheiratet. Beide sind Ur-Urenkel von Queen Sālote, die von 1918 bis zu ihrem Tod 1965 das Königreich Tonga regierte. (*Matangi Tonga* 10.05.13)

Bestes Ergebnis bei Versteigerung

Cook-Inseln: Das amerikanische Auktionshaus „Bonhams“ hat bei einer Auktion am 10. Februar in San Francisco einen seltenen Herrschaftsstab aus Rarotonga für 60.500 US-Dollar versteigert. Die im Rarotongan Maori als „'akatarā“ bekannte stabartige Keule wurde von einem amerikanischen Museum ersteigert.

Der aus Eisenholz geschnitzte, knapp zwei Meter lange Stab war traditionell das Rangabzeichen eines hochrangigen *chiefs*, der es bei Auftritten in der Öffentlichkeit in der Hand hielt. Bereits im Februar letzten Jahres hatte das gleiche Auktionshaus eine ähnliche Stabkeule von der Insel Atiu (Cookinseln) für 176.000 US-Dollar versteigert - eine ungewöhnlich hohe Summe für ein Objekt von den Cook-Inseln, wie es aus dem Umfeld des Auktionshauses hieß.

Info: Bei der Februar-Auktion handelte es sich erst um die zweite „Art of the South Seas“-Auktion von Bonhams. Das 1793 gegründete amerikanische Auktionshaus ist bekannt für die Versteigerung von wertvollen Antiquitäten und künstlerischen Meisterstücken.

(*Radio NZ Intern.* 12.03.13, http://www.bonhams.com/press_release/12840/)

Ausgangssperre für Jugendliche

Tahiti: Zum 1. Mai hat der Bürgermeister von Papeete eine nächtliche Ausgangssperre für alle Jugendlichen unter 15 Jahren verhängen. Die Ausgangssperre gilt an den Wochenenden und an den Abenden vor Feiertagen um 23 Uhr und endet am Folgetag um 5 Uhr früh. In Begleitung von Erwachsenen dürfen sich die Jugendlichen jedoch weiterhin in der Stadt aufhalten.

Mit der Ausgangssperre will der Bürgermeister die nächtliche Straßen- und Jugendkriminalität eindämmen. 14 % aller Straftaten werden in Frz.-Polynesien von Jugendlichen unter 15 Jahren begangen. (*Les Nouvelles de Tahiti* 01.05.13)

Renommiertes Hotel geschlossen

Pohnpei: Knapp 40 Jahre nach seiner Eröffnung 1976 ist das renommierte und bei ausländischen Touristen besonders beliebte „Village Hotel“ im Bundesstaat Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien) geschlossen worden. Grund für die Schließung des von einem amerikanischen Ehepaar geführten Hotels ist die Nicht-Verlängerung der Pachtverträge. Bob und Patti Arthur erklärten, man habe zunächst nur mit vier Landeignern über die Pachtverträge diskutieren müssen. Inzwischen hätten aber 26 Personen Landrechte angemeldet und man habe keinen Konsens über die Verlängerung des Pachtvertrages gefunden. Mit der Schließung verlieren 52 einheimische Arbeitskräfte ihren Job. (*Marianas Business Journal* 08.04.13, *Radio NZ Intern.* 14.04.13)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ELC-PNG

Pfarrer fordern eigenes Religionsministerium

Obwohl die Kirchen die größten Entwicklungspartner sind, wird ihnen von der Regierung nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die meisten kirchlichen Dienstleistungen werden in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Recht und Ordnung und der Infrastruktur in ländlichen Gebieten gestellt.

Es ist überaus wichtig, dass die Kirchen in die Regierungspolitik miteinbezogen werden, da sie viele Dienste für die Bevölkerung leisten. Einige Pfarrer der ELC-PNG fordern deshalb die Einrichtung eines eigenen Religionsministeriums. (*The National 05.02.13*)

Hexerei ist ein „Werk des Teufels“

Jesus Christus ist laut eines älteren Pfarrers die einzige Möglichkeit, teuflische Machenschaften, wie Hexerei und Aberglaube zu verdrängen.

Aber dennoch sei es schwierig „Hexen“ zu identifizieren, da Hexerei keine „körperliche Krankheit“ ist. Um dies herauszufinden, werden oftmals schreckliche Methoden angewandt. (*The National 19.02.13*)

Amt zur Bezahlung von Gesundheitshelfern

Der neuguineische Gesundheitsminister Michael Malabag ist der Meinung, dass der Lohn von kirchlichen Gesundheitshelfern dem der staatlich Angestellten entsprechen sollte. Bevor ein Entwurf für ein solches politisches

Programm ins Kabinett eingebracht wird, wird er vom Amt für Personalmanagement und der öffentlichen Verwaltung geprüft. (*The National 18.02.13*)

Kirche verachtet Entführung einer Krankenschwester

Die kirchliche Gesundheitsfürsorge (Churches Health Service, CHS) verurteilt die gewaltsame Entführung einer Krankenschwester des *Angau Memorial Hospitals*.

Aufgrund der prekären Sicherheitssituation am Krankenhaus weigern sich viele Angestellte, zu geregelten Arbeitszeiten im Krankenhaus Dienst zu tun. Dadurch werden Patienten nur unzureichend versorgt.

Die Aufgabe der Regierung und von anderen Verantwortlichen ist es laut einer Forderung der ELC-PNG, die Sicherheit von Arbeitnehmern zum und am Arbeitsplatz zu garantieren. (*The National 22.02.13*)

Insulaner erneuern 45 Jahre alte Kirche

Das von Dr. Edwin Tscarke gebaute und im Juni 1967 eröffnete *Gaubin Hospital* wird nun nach über 40 Jahren renoviert.

Das *Gaubin Hospital* war eine der ersten Einrichtungen, die von öffentlich-privaten Partnerschaftsprogrammen profitierte.

Die Renovierungskosten belaufen sich auf mehr als 1,4 Millionen Kina. (*The National 22.02.13*)

Freiwillige Waffenabgabe

Ein geläutertes Kirchenmitglied gab seine zugelassene Pistole, andere Waffen und seine Munition im Wert von 250.000 Kina ab. Denn Gott könne Menschen so verändern, dass sie in IHM den Beschützer sehen und nicht in den Waffen, erklärte der Betroffene seine Handlungsweise.

Schusswaffen werden oft mit falschen Absichten benutzt, so dass das Leben von Millionen von Menschen zerstört wird. (*The National 22.02.13*)

Lob an die Kirchen

Trotz der geringen Unterstützung der Regierung sind die kirchlichen Gesundheitsdienste (CHS) die wichtigsten gesundheitlichen Versorger für die ländliche Bevölkerung.

Die Regierung will jedoch die finanziellen Mittel für diese Dienste erhöhen und ein computergesteuertes Gehaltsabrechnungssystem einführen.

Zudem soll ein Gesundheitsamt in ländlichen Regionen geschaffen werden, das die finanzielle und technische Unterstützung garantieren soll. (*The National 27.02.13*)

O’Neill dankt Kirchen für ihren Beitrag

In diesem Jahr bedankte sich Premierminister Peter O’Neill in seiner Osterrede bei den Kirchen für ihr Engagement, das oftmals nicht ausreichend gewürdigt wird.

Des Weiteren teilte er mit, dass seine Regierung nun direkt Kirchenprogramme finanziell unterstützen werde. Am Ende seiner Ansprache forderte er die Provinzregierungen auf städtischer und ländlicher Ebene auf, dass auch sie diese wichtigen Arbeiten finanziell unterstützen. (*The National 28.03.13*)

Wandel auf dem Campus betrifft das ganze Land

Der Pfarrer der *Gerehu PNG Bibel Kirche*, Kaima Maka, ist der Meinung, dass die Universität von Papua-Neuguinea bei der Erziehung und Bildung junger Menschen Vorbildfunktion einnehmen sollte. Gute Bildung könne dann von der Uni ins ganze Land ausstrahlen und die Bildungssituation im Land verbessern.

Der neu ernannte Vize-Kanzler der Uni, Professor Albert Mellam, betonte, dass dies sehr schwierig sei. Er habe von seinem Vorgänger Schulden in Höhe von 66,5 Millionen Kina geerbt sowie eine Einrichtung, die darum kämpfe, eine qualitativ hochwertige Ausbildung anbieten zu können und gute Ergebnisse in der Forschung zu erreichen.

Aufgrund der hohen Verschuldung der Universität sei es schwierig, die Nation mit guter Bildung zu versorgen. Gute Bildung habe eben ihren Preis, mahnte Professor Mellam an. (*The National* 14.02.13)

Pfarrer stirbt bei PMV-Streit

Ein Pfarrer starb, als er einer Gruppe von Frauen zu helfen versuchte, die von einem Busfahrer und zwei anderen Männern belästigt wurden.

Es waren hauptsächlich Frauen, die auf dem Rückweg von Back Road nach Bumayong von dem Fahrer, dem Fahrpersonal und einem Verwandten belästigt worden waren.

Der am *Martin Luther Seminary* studierende Pfarramtsanwärter Kewa Michael versuchte die Übeltäter zu stoppen, jedoch ohne Erfolg. Michael wurde selbst von den Männern angegriffen und aus dem fahrenden Bus gestoßen, nachdem er zuvor mit einem Kreuzschlüssel erschlagen wurde. Am nächsten Tag zündeten verärgerte Verwandte einen PMV Bus an. Die Polizei ermittelt. (*The National* 22.04.2013)

Kirchen haben wichtige Rolle in Gesundheitsfragen

Auf der 43. Nationalen Gesundheitskonferenz sagte Gesundheitsminister Michael Malabag, dass die Kirchen die Regierung hinsichtlich der Gesundheitsdienste stark unterstützen. Außerdem erklärte er, dass die Finanzmittel für das Gesundheitsministerium erhöht werden sollen. Diese sollen u. a. in dringende

Programme und die Gesundheitsarbeiter investiert werden.

Zudem soll der „National Health Plan 2011-20“ dazu beitragen, Menschen in allen Provinzen des Staates medizinisch zu unterstützen. (*The National* 12.04.13)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Kirche missbilligt Tötung durch Zauberei

Die katholische Kirche in Mt. Hagen verurteilt die Verbrennung einer Frau, die der „Zauberei“ angeklagt war.

Erzbischof Douglas Young ist der Auffassung, dass die Menschen Gottes Gebot ignorieren, wenn sie mit dem Glauben an Hexerei und Zauberei konfrontiert werden. Nun sei es an der Zeit, die Gesetze hinsichtlich solcher Methoden zu ändern, so dass die unmenschlichen Praktiken angeklagt werden und die Schuldigen bestraft werden. Deshalb müssten Kirchen und Bürger geeignete Maßnahmen ergreifen, damit diese Verbrechen aufhören. (*The National* 14.02.13)

Powi lobt Kirchen

Bei der Eröffnung der katholischen *Semin Kirche* in Nipa lobte der Provinzgouverneur William Powi die gute Arbeit der Kirchen.

Die Kirchen, vor allem die katholische, stellt dringend benötigte Gesundheits- und Erziehungsdienste, trotz der geringen Unterstützung durch die Regierung.

Unter Powis Leitung organisierte die Provinzregierung ein beratendes Treffen der führenden Behörden. Das nächste Treffen wird ein Entwicklungsforum und eine Einarbeitung in den Masterplan sein. (*The National* 08.03.13)

CARITAS Australien verurteilt Todesstrafe

Jack de Groot, Leiter der *Caritas Australia*, sagte, dass die Wiedereinführung bzw. die Ausweitung der Todesstrafe ein Rückschritt sei und der Staat damit zeige, dass er Gewalt im Land toleriere.

PNG ist ein Schwellenland, das mit vielen Herausforderungen, wie Armut, Arbeitslosigkeit, HIV/AIDS, Drogenmissbrauch u.v.m. konfrontiert ist.

Die *Caritas Australia* versucht durch verschiedene Programme, den Benachteiligten zu helfen. Aber aufgrund der Tatsache, dass in anderen Ländern meist Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, zum Tode verurteilt werden, muss man die Menschen in PNG schützen.

Da ein Großteil der australischen Entwicklungshilfegelder der Caritas nach PNG fließt, muss sichergestellt sein, dass die Stimmen der Ärmsten hinsichtlich dieser Probleme gehört werden und ihnen geholfen wird. (*Caritas Australia Pressemitteilung* 31.05.13)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Katholische Kirche kritisiert kostenlose Kondome für Studenten

Samoa: Das Gesundheitsamt erarbeitete einen Plan, um ungeplante Schwangerschaften und sexuell übertragene Krankheiten zu bekämpfen.

Ziel der Initiative ist es, zum einen den Zugang zu kostenlosen Kondomen an der *National University of Samoa* zu ermöglichen und zum anderen, das Bewusstsein für die sexuelle Gesundheit zu erhöhen.

Der Sprecher der Katholischen Kirche von Samoa, Father Ioane Ono, kritisierte, dass die Empfängnisverhütung zu sexueller Freizügigkeit ermutige, was in den Augen der Kirche unmoralisch sei. Weiter fügte er hinzu,

dass es keine Garantie gebe, dass Kondome vor Krankheiten schützen.

Laut örtlichen Berichten ist ein Drittel der Bevölkerung in Samoa positiv auf sexuell übertragene Krankheiten getestet worden. (*Radio Australia 25.04.13*)

Adventisten erhalten Motorräder

Pazifik: Der pensionierte australische Pastor David Lawson spendete bis dato 20 Motorräder an die Gemeinde der Siebenten Tags Adventisten in Papua-Neuguinea und in weiteren Pazifikstaaten.

Die Spendenaktion begann 2005, als Pastor Lawson eine Reise in ländliche Gebiete der Insel Neuguinea machte und sah, wie schwierig es war, Gottes Wort auch in den abgelegenen Regionen zu verbreiten.

Bis jetzt wurden 80 Transportmittel wie Motor- und Fahrräder nach Papua-Neuguinea und über 100 weitere in den südlichen Pazifik gebracht. (*The National 13.03.13*)

LCA wählt Bischof

Australien: Auf der jüngsten Synode der *Lutheran Church of Australia* (LCA) wurde Pfarrer John Henderson zum neuen nationalen Oberhaupt der lutherischen Kirche gewählt.

Der verheiratete Pfarrer Henderson, der am 14. Juli in sein Amt eingeführt wird, bringt ein breites Band an Erfahrungen in der LCA und darüber hinaus mit.

Stationen in seinem Leben waren u.a. in den vergangenen vier Jahren die Leitung des *Australian Lutheran Colleges*, in seiner Vikars- und Pfarrzeit das Dienen in vier Distrikten der LCA und von 2006 bis 2011 das Amt des Vize-Präsidenten der LCA.

Die LCA-Synode hält den Antrag des Präsidentenkollegs aufrecht, den Namen des höchsten pastoralen Amtes von „Präsident“ in „Bischof“ zu ändern. (*Rev. Neville Otto, Secretary of the Church/Mission Director, 29.04.13*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Bianca Schütz

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Sydney Morning Herald • TahitiPresse • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONENSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120